

**12**

10. Dezember 1997 · 17. Jahrgang,
S. 288 – 313 · ISSN 1430-550 X

Gerling Informationen für wirtschaftsprüfende, rechts- und steuerberatende Berufe

INHALT

GI Aktuell

Seite 288

GI Leitsätze

Seite 288, 307

Fristenkontrolle

Berufungsbegründungsfrist · Büroorganisation · Anweisungen im Anwaltsbüro
(BGH, Beschl. v. 6.5.1997 – VI ZB 12/97)

Seite 289

Anwaltshaftung

Mitverschulden · Dritthaftung · Entgangenes Erbe
(BGH, Ur. v. 13.5.1997 – IX ZR 123/96)

Seite 291

Honorar und Zurückbehaltungsrecht

Grenzen · Sicherheit durch Schuldbeitritt
(OLG Düsseldorf, Ur. v. 12.9.1996 – 13 U 128/95)

Seite 295

Honoraranspruch des Steuerberaters

Verjährung · Unentgeltlichkeit
(OLG Düsseldorf, Ur. v. 18.7.1996 – 13 U 132/95)

Seite 299

Steuerberaterhaftung

Regreßverjährung, § 68 StBerG · Sekundäranspruch
Belehrungspflicht über Fehler in den eigenen Arbeiten · Mandatsauftrag an Rechtsanwalt
(OLG Düsseldorf, Ur. v. 12.9.1996 – 13 U 97/95)

Seite 300

Nachbesserungskosten

Frist zur Nachbesserung
(LG Darmstadt, Ur. v. 7.8.1997 – 9 O 381/95)

Seite 304

GI Hinweis

Seite 308



**Jetzt auf CD-ROM: Der Mandatsvertrag.
Die elektronische GI-Gesamtausgabe 1980 – 1997**

GI Aktuell

„Renditen“ aus Kapitalüberlassung für Schneeballsystem als Einnahmen zu versteuern

Die rd. 90.000 Anleger der im Januar 1991 zusammengebrochenen Ambros S.A. müssen die ihnen gutgeschriebenen „Renditen“ als Einnahmen aus Kapitalvermögen versteuern. Dies gilt unabhängig davon, ob die Anleger diese „Renditen“ tatsächlich ausgezahlt erhielten oder nach eigener Wahl zwecks Erhöhung ihres Einlagekapitals bei der Ambros „stehenließen“. Das hat der Bundesfinanzhof in einer Reihe von Urteilen vom 22.7.1997 (insbesondere Az. VIII R 12/96, VIII R 13/96 und VIII R 57/95) entschieden.

Die Anleger hatten der Ambros S.A. gegen eine hohe Erfolgsbeteiligung (70 bzw. 80 v.H.) auf einem Sammelkonto Geldbeträge (in Höhe von insgesamt über 800 Mio. DM) zur Verfügung gestellt, die die Gesellschaft zu spekulativen Termingeschäften an den internationalen Börsen einsetzen sollte. Nach Anfangsgewinnen erwirtschaftete Ambros hohe Verluste, die im Laufe der Zeit zur vollständigen Aufzehrung des Einlagekapitals der Anleger führten. Dennoch spiegelte Ambros den Anlegern stets hohe Gewinne vor. Sämtlichen Begehren von Anlegern auf Auszahlung der gutgeschriebenen „Renditen“ und gekündigten Kapitaleinlagen kam die Ambros S.A. bis Oktober 1990 prompt nach. Sie bestritt diese Auszahlungen größtenteils mit zweckwidrig verwendetem Einlagekapital neu hinzugetretener Anleger (sog. Schneeballsystem). Anfang 1991 brach das Schneeballsystem zusammen.

Der Bundesfinanzhof beurteilte die zwischen den Anlegern und der Ambros bestehenden Rechtsverhältnisse als typisch stille Gesellschaften i.S.v. § 20 Abs. 1 Nr. 4 des Einkommensteuergesetzes. Der Erfassung der an die gutgläubigen Anleger tatsächlich ausgezahlten „Gewinnanteile“ stehe nicht entgegen, daß die Ambros in Wahrheit gar keine Gewinne erzielt, sondern Verluste erlitten habe. Dies gelte selbst für den Fall, daß die ausgezahlten Scheinrenditen aus den Kapitaleinlagen anderer Anleger

oder gar der Zahlungsempfänger selbst hergerührt hätten.

Als Einnahmen aus Kapitalvermögen seien aber auch diejenigen „Renditen“ zu erfassen, welche die Anleger – obwohl sie die sofortige Auszahlung durch die leistungswillige und leistungsfähige Ambros S. A. hätten erreichen können – im eigenen Interesse zwecks Erhöhung ihres Einlagekapitals „stehengelassen“ hätten (sog. Schuldumschaffung oder Novation). Am Zufluß dieser wiederangelegten „Renditen“ bei den Anlegern ändere nichts, daß die betreffenden Forderungen auf Rückgewähr der Kapitaleinlagen in einem späteren Veranlagungszeitraum uneinbringlich geworden seien.

Die Urteile werden demnächst veröffentlicht werden.

(Pressemitteilung d. BFH v. 30.10.1997, Nr. 15)

GI Leitsätze

Steuerhinterziehung / Lohnsteuer / Strafzumessung

Für die Strafzumessung in Fällen der Lohnsteuerhinterziehung ist auf den dem Staat dauerhaft entstandenen Schaden abzustellen, der sich nach den tatsächlichen Verhältnissen der Arbeitnehmer richtet (Leitsatz nicht amtlich). (BGH, *Beschl. v. 4.2.1997 – 5 StR 681/96, wistra* 1997, 187)

Testamentsvollstrecker / Ertrags- nießbrauch / Mitunternehmer?

Die Frage, ob und unter welchen Umständen ein Testamentsvollstrecker, der zugleich mit einem Ertragsnießbrauch am vererbten Kommanditanteil bedacht ist, neben dem Erben als Mitunternehmer angesehen werden kann, ist von grundsätzlicher Bedeutung, im Streitfall jedoch nicht klärungsfähig.

(BFH, *Beschl. v. 26.11.1996 – IV B 23/96, BFH/NV* 1997, 393)

Fristenkontrolle

- Berufungsbegründungsfrist
- Büroorganisation
- Anweisungen im Anwaltsbüro
(BGH, Beschl. v. 6.5.1997 – VI ZB 12/97)

Leitsätze:

1. Das mutmaßliche Ende der Berufungsbegründungsfrist muß schon bei oder alsbald nach Absendung der Berufungsschrift im Fristenkalender notiert werden; dieser Vermerk ist zu überprüfen und ggf. zu korrigieren, wenn das genaue Eingangsdatum bei Gericht bekannt wird.

2. Daß eine solche Anweisung bestanden habe, kann im Wiedereinsetzungsverfahren nur berücksichtigt werden, wenn der übrige Vortrag erkennen läßt, daß die Anweisung im Anwaltsbüro grundsätzlich praktiziert wird.

Aus den Gründen:

I. Der Kläger hat gegen das ihm am 18.10.1996 zugestellte Urteil des Landgerichts mit am 14.11.1996 beim Berufungsgericht eingegangenen Schriftsatz Berufung eingelegt. Seine Berufungsbegründung ist dort erst am 18.12.1996 eingegangen. Mit Schriftsatz vom 23.12.1996, beim Berufungsgericht eingegangen am 2.1.1997, hat der Kläger Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen die Versäumung der Frist zur Berufungsbegründung beantragt und unter Glaubhaftmachung vorgetragen, im Büro seines Prozeßbevollmächtigten bestehe die Anweisung, die Absendung eines fristwahrenden Schriftsatzes in der Akte mit Handzeichen und Datum zu notieren. Am folgenden, spätestens übernächsten Tag sei beim Adressaten anzurufen und der fristgerechte Eingang zu bestätigen. Auch hierüber sei ein solcher Aktenvermerk aufzunehmen. Werde durch Einreichung des Schriftsatzes eine weitere Frist ausgelöst, wie dies bei der Berufungseinlegung der Fall sei, sei der Sachbearbeiter angewiesen, diese weitere Frist nebst Vorfrist im Fristenkalender zu notieren und den Fristablauf nebst Handzeichen in der Handakte zu vermerken.

Im vorliegenden Fall sei nach Eingang des Urteils die Berufungsfrist auf den 18.11.1996 notiert worden. Nach Fertigstellung der Berufungsschrift habe die sorgfältig ausgewählte und überwachte Angestellte L. den Schriftsatz zur Post gegeben und unter dem 12.11.1996 die Versendung vermerkt. Allerdings sei versehentlich der Kontrollanruf bei der Geschäftsstelle des Berufungsgerichts, mit dem das Datum des Eingangs habe ermittelt werden sollen, unterblieben. Infolgedessen sei auch keine Berechnung und Eintragung der Berufungsbegründungsfrist erfolgt. Dieses Versäumnis sei bis zum 18.12.1996 unbemerkt geblieben.

Das Berufungsgericht hat mit Beschluß vom 16.1.1997 die beantragte Wiedereinsetzung in den vorigen Stand versagt und zugleich die Berufung des Klägers als unzulässig verworfen. Gegen diesen am 11.2.1997 zugestellten Beschluß richtet sich die am 25.2.1997 eingegangene sofortige Beschwerde.

II. Das zulässige Rechtsmittel hat in der Sache keinen Erfolg. Zu Recht hat das Berufungsgericht dem Kläger die beantragte Wiedereinsetzung versagt, weil die Versäumung der Frist zur Berufungsbegründung auf einem Verschulden ihres zweitinstanzlichen Prozeßbevollmächtigten beruht und dies dem Kläger nach § 85 Abs. 2 ZPO zuzurechnen ist.

1. Zutreffend hat das Berufungsgericht ausgeführt, daß die **Fristenkontrolle** im Büro des klägerischen Prozeßbevollmächtigten **nicht ausreichend organisiert** war. Weil die **Begründungsfrist vom Eingang der Berufungsschrift beim Berufungsgericht abhängt**, ist ihre korrekte Ermittlung zwar erst anhand des Eingangsdatums möglich. Nach der ständigen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs ist es aber **erforderlich, das mutmaßliche Ende der Frist schon bei oder alsbald nach Absendung der Berufungsschrift im Fristenkalender zu notieren und diesen Vermerk später zu überprüfen und ggf. zu korrigieren, sobald das genaue Eingangsdatum der Berufungsschrift durch die gerichtliche Eingangsbestätigung bekannt wird** (Senatsbeschl. v. 10.3.1992 – VI ZB 3/92, VersR 1992, 1154, 1155; BGH, Beschl. v. 21.10.1987 – IVb ZB 158/87, NJW 1988, 568; v. 20.5.1992 – XII ZB 43/92, VersR 1993,

378; v. 9.12.1993 – IX ZB 70/93, NJW 1994, 458; v. 13.6.1996 – VII ZB 7/96, NJW 1996, 2514).

a) Mit Recht nimmt das Berufungsgericht an, daß diese Vorkehrungen im Büro der klägerischen Prozeßbevollmächtigten nicht beachtet worden sind. Zwar könnte der Vortrag des Klägers im Wiedereinsetzungsantrag zunächst dahin verstanden werden, daß im Büro seiner Prozeßbevollmächtigten eine entsprechende Anweisung bestanden habe. Es heißt dort, wenn durch Einreichung des Schriftsatzes eine weitere Frist ausgelöst werde wie etwa bei der Berufungseinlegung, sei der Sachbearbeiter angewiesen, diese weitere Frist nebst entsprechender Vorfrist im Fristenkalender zu notieren und den Fristablauf in der Handakte zu vermerken. Der weitere Vortrag läßt jedoch erkennen, daß jedenfalls die tatsächliche Handhabung im betreffenden Anwaltsbüro einer solchen Anweisung nicht entspricht.

Insbesondere ist nicht vorgetragen worden, daß im vorliegenden Fall eine Anweisung auf Eintragung der vorläufigen Begründungsfrist in den Fristenkalender versehentlich nicht befolgt worden wäre. Soweit es nämlich im Wiedereinsetzungsantrag weiter heißt, Frau L. habe die Berufungsschrift nach Unterzeichnung durch den Prozeßbevollmächtigten per Post versandt und dies vermerkt, wird die Art dieses Vermerks in der eidesstattlichen Erklärung von Frau L. dahin erläutert, daß sie einen Aktenvermerk über die Aufgabe zur Post gefertigt hat. Von einer versehentlich unterlassenen Eintragung der vorläufigen Begründungsfrist im Fristenkalender ist weder im Wiedereinsetzungsgesuch noch in der eidesstattlichen Erklärung von Frau L. die Rede. Vielmehr wird das Versehen von Frau L. in Übereinstimmung mit deren eidesstattlicher Erklärung lediglich darin erblickt, daß sie den Kontrollanruf vergessen habe und deshalb die Berechnung und Eintragung der Begründungsfrist unterblieben sei.

Bei dieser Sachlage kann dem Klägervortrag nicht mit der für die Gewährung von Wiedereinsetzung in den vorigen Stand erforderlichen Eindeutigkeit (vgl. hierzu *Senatsbeschl. v. 10.12.1996 – VI ZB 16/96, NJW 1997, 1079*) entnommen werden, daß die Notierung der vorläufigen Berufungsbegründungsfrist hinreichend organisiert war und die gebotene Ein-

tragung im Fristenkalender von Frau L. nur aufgrund eines Versehens unterlassen worden ist.

b) Auch mit der Beschwerde wird nicht geltend gemacht, daß die vom Berufungsgericht vermißte Anweisung bestanden habe. Vielmehr wird die vom Berufungsgericht unter Hinweis auf die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs für notwendig erachtete Notierung der vorläufigen Berufungsbegründungsfrist im Fristenkalender ausdrücklich als nicht erforderlich bezeichnet, weil die im Büro der klägerischen Prozeßbevollmächtigten erteilten Anweisungen in gleichem Maß die Fristwahrung sicherstellten. Auch aus dem übrigen Beschwerdevorbringen wird deutlich, daß jedenfalls nach der im Büro des klägerischen Prozeßbevollmächtigten üblichen Handhabung die Berufungsbegründungsfrist erst dann eingetragen wird, wenn sie durch den sogenannten Kontrollanruf beim Berufungsgericht als endgültige Frist ermittelt ist, während zuvor lediglich ein Aktenvermerk über die Aufgabe der Berufungsschrift zur Post gefertigt wird.

Indessen liegt auf der Hand, daß die Eintragung solcher Vermerke in die Handakte anstatt in einen täglich zu kontrollierenden Fristenkalender leicht zur Folge haben kann, daß die Feststellung und Notierung der endgültigen Berufungsbegründungsfrist der Fristenkontrolle entgleitet, wenn niemand die Akte zur Hand nimmt und das Gedächtnis der mit der Fristwahrung bzw. dem Kontrollanruf beauftragten Büroangestellten versagt. Gerade derartigen Versehen soll aber durch die oben dargelegte Pflicht vorgebeugt werden, die vorläufige Berufungsbegründungsfrist schon in zeitlichem Zusammenhang mit der Einreichung der Berufungsschrift zu notieren (*BGH, Beschl. v. 13.6.1996, a.a.O.*).

2. Soweit mit der Beschwerde vorgetragen wird, eine weitere Sicherung der Notierung der Berufungsbegründungsfrist werde nach den Anweisungen des Prozeßbevollmächtigten des Klägers dadurch erreicht, daß die Frist zur Einlegung der Berufung erst dann zu streichen sei, wenn der Kontrollanruf beim Berufungsgericht den Eingang der Berufungsschrift bestätigt habe, kann **dahinstehen, ob es sich hierbei im Hinblick auf die Zwei-Wochen-Frist des § 234 ZPO noch um eine zulässige Ergänzung des**

bisherigen Vortrags handelt (vgl. hierzu *Senatsbeschl. v. 21.3.1995 – VI ZB 5/95, VersR 1995, 933, 934*). Auch wenn dieser Vortrag berücksichtigt würde, könnte eine solche Anweisung lediglich eine gewisse Gedächtnisstütze zur Folge haben, die allerdings der erforderlichen Präzision entbehrt und vorliegend auch versagt hat. **Jedenfalls vermag sie nicht die erforderliche Anweisung zu ersetzen, die sich aus dem Datum der Absendung der Berufungsschrift ergebende vorläufige Berufungsbegründungsfrist im Fristenkalender zu notieren.**

Da nach den zutreffenden Erwägungen des Berufungsgerichts nicht auszuschließen ist, daß die Fristversäumung bei Beachtung dieser Sorgfaltspflicht vermieden worden wäre, ist die Gewährung von Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zu Recht versagt worden.

Anwaltshaftung

- Mitverschulden
 - Dritthaftung
 - Entgangenes Erbe
- (BGH, *Urt. v. 13.5.1997 – IX ZR 123/96*)

Leitsatz:

Der vom Erblasser in Aussicht genommene Testamentserbe, der deswegen nicht Erbe geworden ist, weil der vom Erblasser angesprochene Notar amtspflichtwidrig das Testament nicht beurkundet hat, ist mit seinem Schadenersatzanspruch gegen den Notar ausgeschlossen, wenn der Erblasser es schuldhaft unterlassen hat, den Notar zu erinnern (Abweichung von BGH, *Urt. v. 17.10.1955 – III ZR 33/54, NJW 1956, 260*).

Zum Sachverhalt:

Die Klägerin, eine kirchliche Stiftung, nimmt den verklagten Notar auf Schadenersatz in Anspruch, weil er es pflichtwidrig und schuldhaft versäumt habe, ein Testament des am 9.10.1992 ohne letztwillige Verfügung verstorb-

nen A.M. (im folgenden: Erblasser) zu beurkunden, der sie zur Alleinerbin habe bestimmen wollen.

Am 8.3.1991 bat der damals 83jährige und an dem Parkinsonschen Syndrom leidende Erblasser über das Pfarrbüro den Beklagten zu sich in die Wohnung, um ein Testament zu errichten. Dieser Bitte kam der Beklagte noch am selben Tage nach. In der Wohnung des Erblassers traf er außerdem die Ordensschwester G. an, die in der Kirchengemeinde, der der Erblasser angehörte, die Krankenpflege versah und insbesondere den Erblasser betreute. Infolge seiner Erkrankung konnte sich der Erblasser nur schwer verständlich machen. Unter Mithilfe von Schwester G. teilte er dem Beklagten seinen letzten Willen mit. Danach sollte die Klägerin als Alleinerbin eingesetzt und dem Mutterhaus der Schwester G. ein Vermächtnis zugewandt werden. Der Beklagte skizzierte den Gesprächsinhalt und nahm vom Erblasser eine Unterschriftsprobe. Am Ende seines Besuchs teilte er mit, daß das Testament noch geschrieben werden müsse; danach werde er zu seiner Beurkundung nochmals vorbeikommen. Entgegen dieser Ankündigung erschien der Beklagte nicht wieder. Eine Erinnerung an die noch ausstehende Beurkundung ist weder durch den Erblasser noch durch einen Dritten erfolgt.

Die in Höhe von 89.741,19 DM erhobene und später auf 138.572 DM erhöhte Klage ist in den Vorinstanzen abgewiesen worden, weil der Erblasser es fahrlässig unterlassen habe, den Schaden durch Gebrauch eines Rechtsmittels abzuwenden (§ 19 Abs. 1 Satz 3 BNotO i.V.m. § 839 Abs. 3 BGB). Dagegen wendet sich die Klägerin mit ihrer Revision. – Die Revision hat keinen Erfolg.

Aus den Gründen:

I. Das Berufungsgericht hat ausgeführt, der Erblasser habe gewußt, daß das Testament noch nicht rechtswirksam errichtet gewesen sei. Spätestens nach Ablauf von einigen Monaten habe sich ihm der Verdacht aufdrängen müssen, der Beklagte könnte die Angelegenheit vergessen haben. Selbst wenn er wegen seines schlechten Gesundheitszustandes nicht in der Lage gewesen sei, selbst Verbindung zum Beklagten aufzunehmen, wäre es ihm möglich

gewesen, ihn über Schwester G. zu erinnern. Diese hätte sich einer entsprechenden Bitte nicht verschlossen. Wäre er erinnert worden, hätte der Beklagte das Testament formgerecht beurkundet. Das schuldhafte Unterlassen der Schadenabwendung durch den Erblasser sei der Klägerin zuzurechnen.

II. Diese Ausführungen halten einer rechtlichen Überprüfung stand.

1. Der Senat schließt sich der Ansicht des Berufungsgerichts an, daß **ein vom Erblasser in Aussicht genommener Testamentserbe – der nur deshalb nicht Erbe geworden ist, weil der vom Erblasser angesprochene Notar amtspflichtwidrig das Testament nicht oder nicht ordnungsgemäß beurkundet hat – mit seinem Schadenersatzanspruch gemäß § 19 Abs. 1 Satz 3 BNotO i.V.m. § 839 Abs. 3 BGB ausgeschlossen ist, wenn der Erblasser die Einlegung eines Rechtsmittels schuldhaft unterlassen hat.**

a) In diesem Falle nützt es dem als Erbe (oder Vermächtnisnehmer) in Aussicht genommenen Dritten nichts, falls gegen ihn persönlich kein entsprechender Schuldvorwurf erhoben werden kann. Der Dritte ist zwar selbst „Verletzter“ i.S.v. § 19 Abs. 1 Satz 3 BNotO i.V.m. § 839 Abs. 3 BGB. **Es ist anerkannt, daß den Notar, der ein Testament zugunsten des Dritten beurkunden soll, diesem gegenüber Amtspflichten treffen, bei deren Verletzung er dem Dritten auf Schadenersatz haften kann** (vgl. BGHZ 27, 274, 275; 31, 5, 10; 58, 343, 353; vgl. auch BGH, Urt. v. 26.3.1982 – V ZR 12/81, WM 1982, 615; v. 14.12.1995 – IX ZR 242/95, WM 1996, 548, 550).

Daneben – und sogar in erster Linie – bestehen aber auch Amtspflichten gegenüber dem Erblasser, der den Notar mit der Beurkundung des Testaments beauftragt hat. Durch den Auftrag ist eine vertragsähnliche öffentlich-rechtliche Sonderbeziehung zwischen dem Erblasser und dem Notar entstanden (vgl. BGH, Urt. v. 2.6.1981 – VI ZR 148/79, WM 1981, 942, 943; v. 23.11.1995 – IX ZR 213/94, GI 1996, 29 = NJW 1996, 464, 465, z.V.b. in BGHZ 131, 200 ff). Unterläßt dieser schuldhaft die ihm aufgetragene Beurkundung, ist jedenfalls auch der Erblasser „Verletzter“ i.S.v. § 19 Abs. 1 Satz 3 BNotO i.V.m. § 839 Abs. 3 BGB.

b) Allerdings hat der Bundesgerichtshof (Urt. v. 17.10.1955 – III ZR 33/54, NJW 1956, 260) ausgesprochen, derjenige, der in einem nichtigen Testament als Erbe eingesetzt sei und gemäß § 839 BGB Ersatz des ihm aus der Nichtigkeit des Testaments entstehenden Vermögensschadens verlange, brauche sich ein – nicht vorsätzliches – Selbstverschulden auf seiten des Erblassers nicht entgegenhalten zu lassen.

Diese Ansicht müßte, falls sie zutreffend wäre, auch für den vorliegenden Sachverhalt gelten. Denn § 19 Abs. 1 Satz 3 BNotO i.V.m. § 839 BGB regelt nur einen besonderen Fall des mitwirkenden Verschuldens (Haug, in: Seybold/Schippel, BNotO 6. Aufl., § 19 Rdn. 103; ders., Die Amtshaftung des Notars 1989, Rdn. 233, 234; vgl. auch BGHZ 56, 57, 63; MünchKomm-BGB/Papier 2. Aufl., § 839 Rdn. 284; Palandt/Thomas, BGB 56. Aufl., § 839 Rdn. 73).

c) Dem Urteil vom 17.10.1955 folgt der Senat jedoch nicht. Er kann von ihm abweichen, ohne den großen Senat für Zivilsachen anrufen zu müssen, weil er inzwischen anstelle des III. Zivilsenats, der seinerzeit entschieden hatte, für die Notarhaftung zuständig ist.

aa) In der früheren Entscheidung hat der Bundesgerichtshof die Anrechnung eines Mitverschuldens des Erblassers nur unter dem Gesichtspunkt einer Analogie zu § 846 BGB geprüft. Er hat diese abgelehnt, weil der Schaden des in Aussicht genommenen Testamentserben keine schadenstiftende Einwirkung auf den Erblasser voraussetze. Außerdem könnte dem Erblasser als Mitverschulden allenfalls vorgeworfen werden, bei der Testamenterrichtung nicht auf die Belange des in dem Testament zu Bedenkenden geachtet zu haben. Dabei wird nicht hinreichend berücksichtigt, daß sich die Amtspflichtverletzung – wie ausgeführt – auch und sogar in erster Linie gegen den Erblasser richtet und daß dieser auch gegen die eigenen Interessen handelt, wenn er den säumigen Notar nicht dazu anhält, den erbrechtlichen Dispositionen des Erblassers Wirksamkeit zu verleihen. Daran ändert nichts, daß der Schaden nicht dem Erblasser, sondern dem verhinderten Erben erwächst.

bb) **Die Anrechnung des Mitverschuldens des an der Beurkundung unmittelbar beteiligten Erblassers zu Lasten des in Aussicht ge-**

nommenen – und an der Beurkundung nur mittelbar oder gar nicht beteiligten – Testamentserben (oder Vermächtnisnehmers) ist geboten, weil es – ähnlich wie bei vergleichbaren privatrechtlichen Verhältnissen – Treu und Glauben widerspräche, wenn dem lediglich in den Schutzbereich der Notarpflichten miteinbezogenen Testamentserben (Vermächtnisnehmer) weitergehende Rechte zustünden als den unmittelbaren Urkundsbeteiligten.

Die Einbeziehung derer, die – ohne unmittelbar beteiligt zu sein – aufgrund des zu beurkundenden Rechtsgeschäfts Rechte erwerben sollen, in den Schutzbereich der Notarpflichten (s. o. unter a) wird mit der „Leistungsnahe“ dieser nur mittelbar Beteiligten oder gänzlich Außenstehenden begründet. Dritte i.S.d. § 19 BNotO sind alle Personen, deren Interesse nach der besonderen Natur des Amtsgeschäfts durch dieses berührt werden und in deren Rechtskreis dadurch eingegriffen werden kann, auch wenn sie durch die Amtsausübung nur mittelbar und unbeabsichtigt betroffen werden (vgl. BGHZ 20, 53, 56; 31, 5, 10; 58, 343, 353).

Insofern ähnelt der vorliegende Sachverhalt einem Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter (§ 328 BGB analog). **Fällt der in Aussicht genommene Erbe durch Verschulden eines von dem Erblasser eingeschalteten Rechtsanwalts aus, kann er diesen aus Schlechterfüllung eines Anwaltsvertrages mit Schutzwirkung zugunsten Dritter in Anspruch nehmen** (BGH, Urt. v. 6.7.1965 – VI ZR 47/64, NJW 1965, 1955, 1956; v. 11.1.1977 – VI ZR 261/75, a.a.O.; v. 13.7.1994 – IV ZR 294/93, GI 1995, 58 = NJW 1995, 51, 52; v. 13.6.1995 – IX ZR 121/94, NJW 1995, 2551, 2552). **Dabei muß der geschädigte Dritte sich das Mitverschulden des Vertragspartners seines Schädigers anrechnen lassen, selbst wenn jener nicht sein Erfüllungsgehilfe oder gesetzlicher Vertreter ist** (BGHZ 24, 325, 327 f; 33, 247, 250; BGH, Urt. v. 23.6.1965 – VIII ZR 201/63, NJW 1965, 1757, 1759; v. 10.11.1994 – III ZR 50/94, GI 1996, 41 = NJW 1995, 392, 393; vgl. auch Lange, Schadenersatz 2. Aufl., § 10 XI 5e [S. 599 ff]).

Diese Begrenzung des Drittschutzes folgt unter anderem aus Treu und Glauben (§ 242 BGB): **Da der Geschädigte seine Rechte gegen den**

Schädiger nur aus den Vertragsbeziehungen der unmittelbaren Vertragsbeteiligten herleitet, dürfen ihm nicht mehr Rechte zustehen als dem Vertragspartner des Schädigers. Die Einbeziehung des Dritten in den geschützten Vertragsbereich bringt es mit sich, daß jener mit der Erweiterung des Rechtsschutzes auch die damit verbundenen **Rechtsnachteile in Kauf nehmen muß.**

Der vorliegende Sachverhalt weist obendrein gewisse **Parallelen zu den Fällen der Schadenliquidation im Drittinteresse** auf. Der Schaden konnte nämlich von vornherein nicht bei dem Erblasser, sondern nur bei einem Dritten, dem in Aussicht genommenen Testamentserben (oder Vermächtnisnehmer), eintreten (vgl. BGH, Urt. v. 11.1.1977 – VI ZR 261/75, NJW 1977, 2073, 2074; Hohloch, FamRZ 1977, 530, 533; Lorenz, JZ 1995, 317, 321 f). **Auch bei der Drittschadensliquidation wird ein Mitverschulden, das den in seinen Rechten Verletzten trifft, auf den Schaden des Dritten angerechnet** (BGH, Urt. v. 29.1.1969 – I ZR 18/67, NJW 1969, 789, 790; Lange, Schadenersatz, § 8 III 9 [S. 478]; vgl. auch BGH, Urt. v. 25.11.1971 – VII ZR 37/70, NJW 1972, 289).

cc) **Die Anrechnung des Mitverschuldens des Testators als des unmittelbaren Urkundsbeteiligten zu Lasten des lediglich mitgeschützten Dritten entspricht ferner dem Sinn und Zweck des § 19 Abs. 1 Satz 3 BNotO i.V.m. § 839 Abs. 3 BGB.** Der Betroffene soll, ehe er Schadenersatz wegen Amtspflichtverletzung geltend macht, sich zunächst gegen das beanstandete Verwaltungshandeln selbst wenden und versuchen, auf diesem Wege Abhilfe zu erreichen (BGHZ 95, 238, 242; 103, 242, 247; BGH, Urt. v. 6.7.1995 – III ZR 175/94, NJW 1995, 2778, 2779). Dieses Haftungsprivileg des Amtsträgers (vgl. auch MünchKomm-BGB/Papier, § 839 Rdn. 285) rechtfertigt es, daß das Verschulden des Betroffenen, der es versäumt hat, sich auf diese Weise zu schützen, einem Drittbegünstigten auch dann zugerechnet wird, wenn dieser selbst nichts unternehmen konnte.

Zu Recht hat das Berufungsgericht darauf hingewiesen, daß nach der Gegenmeinung die Vorschrift des § 19 Abs. 1 Satz 3 BNotO i.V.m. § 839 Abs. 3 BGB immer dann leerläuft, wenn derjenige, den der Erblasser in seinem Testa-

ment bedenken will, davon nicht unterrichtet ist. Dann hat er vor dem Erbfall keine Möglichkeit, gegen einen Notarfehler, durch den seine erbrechtliche Stellung beeinträchtigt wird, ein Rechtsmittel einzulegen. Ihn trifft also kein Verschulden, und auf das Verschulden des Erblassers käme es nicht an.

Selbst dann, wenn der vorgesehene Erbe (Vermächtnisnehmer) von dem Vorhaben des Erblassers weiß, kann dieser die Abwicklung des von ihm angestoßenen Amtsgeschäfts doch besser kontrollieren. Er muß am besten wissen, was er will, und kann besser als jeder andere überprüfen, ob sein Wille vom Notar richtig umgesetzt wird. Als unmittelbar Beteiligter hat der Erblasser auch ganz andere Möglichkeiten, auf den Notar einzuwirken, als ein Dritter.

2. Die Annahme des Berufungsgerichts, der Erblasser habe es fahrlässig unterlassen, den Schaden durch Gebrauch eines Rechtsmittels abzuwenden, ist rechtsfehlerfrei.

a) Das Berufungsgericht geht zutreffend davon aus, daß der **Begriff „Rechtsmittel“** in § 19 Abs. 1 Satz 3 BNotO i.V.m. § 839 Abs. 3 BGB nicht im engen technischen Sinn, sondern weit zu verstehen ist. **Er umfaßt alle Rechtsbehelfe, die sich gegen die amtspflichtwidrige Handlung oder Unterlassung richten und dazu bestimmt und geeignet sind, diese zu beseitigen oder zu berichtigen und so den Schaden abzuwenden.** Dazu gehören außer der förmlichen **Beschwerde** (§ 15 Abs. 1 Satz 2 BNotO) auch **Gegenvorstellungen und Erinnerungen** (BGH, *Urt. v. 5.2.1974 – VI ZR 71/72, NJW 1974, 639, 640; v. 23.2.1978 – III ZR 97/76, NJW 1978, 1522, 1523; v. 22.6.1982 – VI ZR 268/80, DNotZ 1983, 129, 131; v. 9.11.1989 – IX ZR 261/88, NJW 1990, 1242, 1243*) **sowie mündliche Vorhaltungen** (Haug, *Die Amtshaftung des Notars, Rdn. 220; ders., in: Seybold/Schippel, § 19 BNotO Rdn. 99; Sandkühler, in: Arndt/Sandkühler/Lerch, § 19 BNotO Rdn. 198*).

b) Die tatrichterliche Würdigung, daß es von dem Erblasser fahrlässig gewesen sei, den Beklagten nicht an den Abschluß des Geschäfts zu erinnern, ist rechtlich nicht zu beanstanden. Für die **Fahrlässigkeit** i.S.v. § 19 Abs. 1 Satz 3 BNotO i.V.m. § 839 Abs. 3 ZPO gilt nach der Rechtsprechung des Senats ein **subjektiver**

Maßstab: Es ist zu prüfen, ob der Betroffene die nach den gegebenen Umständen sowie nach seinem Bildungsstand und seiner Geschäftsgewandtheit gebotene Sorgfalt beachtet hat (*Senatsurt. v. 9.11.1989 – IX ZR 261/88, NJW 1990, 1242, 1243 m. Anm. Heckschen, WuB VIII C. § 53 BeurkG 1.90, u. Heinemann, DNotZ 1990, 443; ebenso bereits Urt. v. 5.2.1974 – VI ZR 71/72, NJW 1974, 639, 640; v. 22.6.1982 – VI ZR 268/80, DNotZ 1983, 129, 131; zustimmend Haug, in: Seybold/Schippel, § 19 BNotO Rdn. 101; Sandkühler, in: Arndt/Sandkühler/Lerch, § 19 BNotO Rdn. 201; vgl. aber auch BGHZ 143, 17, 25; BGH, Urt. v. 7.11.1996 – III ZR 283/95, WM 1997, 177*).

Davon ist das Berufungsgericht zutreffend ausgegangen. Seine Feststellung, der Erblasser habe den Beklagten am 8.3.1991 richtig dahin verstanden, daß das Testament noch nicht errichtet sei und daß er, der Beklagte, noch einmal kommen müsse, wird von der Revision nicht angegriffen.

Gegen die Annahme, der Erblasser habe „spätestens nach Ablauf von mehreren Monaten ... Anlaß zur Nachfrage“ gehabt, wendet sich die Revision ohne Erfolg. Ihrer Vermutung, daß der Erblasser im Laufe der Zeit geistig zu sehr abgebaut habe, um noch an das zu errichtende Testament denken zu können, fehlt die tatsächliche Grundlage. Das Berufungsgericht hat das vorgerückte Alter und die gesundheitliche Beeinträchtigung des Erblassers wie auch die damit verbundenen Artikulationsschwierigkeiten berücksichtigt. Daß sich der Gesundheitszustand des Erblassers zwischen dem 8.3.1991 und einem im Juni 1992 erlittenen Schlaganfall, nach welchem der Erblasser nicht mehr ansprechbar war, nennenswert verschlechtert habe, ist in den Tatsacheninstanzen nicht vorgetragen worden. Nach der Aussage der Schwester G. wäre er bis zu seinem Schlaganfall durchaus imstande gewesen, sie um eine Erinnerung bei dem Beklagten zu bitten. Die Erwägung des Berufungsgerichts, daß dem Erblasser dies zuzumuten gewesen sei, nachdem er bei der Beauftragung des Beklagten auf demselben Wege vorgegangen sei, läßt keinen Rechtsfehler erkennen.

3. Die **Ursächlichkeit** der unterlassenen Erinnerung für den eingetretenen Schaden wird von der Revision erfolglos bezweifelt.

Ob die Ursächlichkeit des Nichtgebrauchs eines Rechtsmittels für den eingetretenen Schaden – der allgemeinen Regel entsprechend – danach zu beurteilen ist, **wie nach Meinung des Regreßgerichts richtigerweise auf das Rechtsmittel hin hätte entschieden werden müssen** (vgl. BGH, Urt. v. 20.1.1994 – IX ZR 46/93, GI 1994, 153 = NJW 1994, 1211, 1213), **oder aber danach, welchen Erfolg das Rechtsmittel tatsächlich gehabt hätte** (so der III. Zivilsenat in ständiger Rechtsprechung für die Amtshaftung, vgl. BGH, Urt. v. 11.6.1959 – III ZR 33/58, VersR 1959, 736, 738; v. 16.1.1986 – III ZR 77/84, NJW 1986, 1924, 1925; v. 5.2.1987 – III ZR 16/86, BGHR BGB § 839 Abs. 3 – Kausalität 1; v. 21.4.1988 – III ZR 255/86, NJW 1989, 96, 99), kann offenbleiben. Nach beiden Ansichten ist die Ursächlichkeit gegeben.

Ist entscheidend, wie nach Meinung des Regreßgerichts richtigerweise hätte entschieden werden müssen, war die unterlassene Erinnerung an die Adresse des Beklagten für den Schaden ursächlich, weil der Beklagte (spätestens) auf die Erinnerung hin die Beurkundung hätte vornehmen müssen. Kommt es darauf an, wie der Beklagte tatsächlich reagiert hätte, ist nach den Feststellungen des Berufungsgerichts davon auszugehen, daß er auf die Erinnerung hin das Testament beurkundet hätte. Gleichgültig ist dabei, welcher der von den Parteien gegebenen Sachdarstellungen man folgt. Hatte der Beklagte – wie die Klägerin behauptet – die Testamentserrichtung vergessen, ist – wie das Berufungsgericht festgestellt hat – kein konkreter Anhalt ersichtlich, daß eine Erinnerung durch den Erblasser fruchtlos gewesen wäre. Dies gilt erst recht, wenn der Beklagte – wie er behauptet – die Fertigstellung des Testaments sogar von einer Erinnerung des Erblassers abhängig gemacht hatte.

Honorar und Zurückbehaltungsrecht

- Grenzen
 - Sicherheit durch Schuldbeitritt
 - Nachbesserung
- (OLG Düsseldorf, Urt. v. 12.9.1996 – 13 U 128/95)

Leitsätze (d. Red.):

1. Der Steuerberater muß die Arbeitsergebnisse nur Zug um Zug gegen das geschuldete Honorar herausgeben (§§ 320, 322, 641 BGB).

2. Die Grenzen des Zurückbehaltungsrechts werden nicht überschritten, wenn sich der Steuerberater eine Schuldbeitrittserklärung geben läßt.

3. In der Honorarklage gegen den Beitretenen kann dieser Einwendungen aus den Steuerberatungsmandat erheben.

4. Bei fehlerhafter Buchführung muß der Mandant dem Steuerberater Gelegenheit zur Nachbesserung geben.

Zum Sachverhalt:

Der Beklagte zu 2) war Geschäftsführer der im Jahre 1991 gegründeten Firmen A. und B. In beiden Unternehmen nahm die Beklagte zu 1) gleichfalls Aufgaben der Geschäftsleitung wahr. Im Sommer 1992 wurde der Antrag auf Eröffnung des Konkursverfahrens über das Vermögen beider Unternehmen gestellt.

Die Klägerin hat bis Mai 1992 die in den von den Beklagten geführten Unternehmen anfallenden steuerlichen Arbeiten erledigt. Für ihre bis dahin erbrachten Leistungen berechnete die Klägerin ein Honorar von insgesamt 61.822,43 DM. Zahlungen wurden hierauf nicht geleistet. Im Mai 1992 standen die Beklagten in Verhandlungen mit verschiedenen Kreditinstituten über die Gewährung weiterer Darlehen für die beiden Unternehmen. Hierzu benötigten die Beklagten die jeweiligen Jahresabschlüsse zum 31.12.1991.

Die Klägerin machte die Erledigung dieser Arbeiten und die Herausgabe der Arbeitsergebnisse an die Beklagten von einer persönlichen Haftungsübernahme abhängig. Am 3.6.1992 unterzeichneten die Beklagten die Erklärung, gesamtschuldnerisch und persönlich für die Honorarforderungen der Klägerin aus den Rechnungen vom 6.3. bis 31.5.1992 über insgesamt 61.822,43 DM sowie für die im Zusammenhang mit der Erstellung der Jahresabschlüsse für die beiden Unternehmen noch auszustellenden Rechnungen zu haften. Für die Anfertigung der Jahresabschlüsse berechnete

die Klägerin anschließend 12.947,66 DM (Fa. A) und weitere 7.942,83 DM (Fa. B). Über die Forderung der Klägerin haben die Beklagten zusätzlich Wechsel akzeptiert. Zahlungen auf die Forderung der Klägerin haben die Beklagten auch in der Folgezeit nicht geleistet. Die Wechsel wurden nicht eingelöst. (...)

Die Beklagten haben zunächst die Schuldübernahmeerklärung vom 3.6.1992 angefochten. Durch Drohungen der Klägerin seien sie zur Abgabe dieser Erklärung bestimmt worden. Denn die Geschäftsführer der Klägerin hätten erklärt, die Jahresabschlüsse für 1991 erst vorzulegen, wenn sie, die Beklagten, die Schuldbeitrittserklärung unterzeichnet hätten. Da sie dringend auf die Vorlage der Jahresabschlüsse angewiesen gewesen seien, hätten sie dann die Schuldbeitrittserklärung unterzeichnet.

Sodann haben die Beklagten die Leistungen der Klägerin auf allen Vertragsgebieten als mangelhaft und fehlerhaft beanstandet: Insbesondere das Ergebnis der vorläufigen Gewinnermittlung für 1991 sei fehlerhaft gewesen. Das habe dazu geführt, daß sie, die Beklagten, die tatsächliche finanzielle Situation beider Unternehmen zu spät erkannt hätten.

Bei einem rechtzeitigen Hinweis auf den sich abzeichnenden wirtschaftlichen Niedergang der Unternehmen hätten sie sich um einen liquiden Partner bemüht oder aber den Geschäftsbetrieb eingestellt. So hätten sie in erfolgsversprechenden Verhandlungen über eine Mehrheitsbeteiligung der Firmen A. und B. gestanden. Diese Verhandlungen seien abrupt abgebrochen worden, nachdem die Klägerin mit den „richtigen Zahlen hervorgekommen“ sei. Von daher stünden ihnen Schadenersatzansprüche in einer Höhe von mindestens 1,5 Mio. DM zu, mit denen aufgerechnet werde. Ein weiterer aufrechenbarer Schadenersatzanspruch des Beklagten zu 2) rühre daher, daß dieser gegenüber verschiedenen Gläubigern der Gesellschaften hohe Verbindlichkeiten eingegangen sei; hierzu wäre es nicht gekommen, wenn dem Beklagten zu 2) die mangelnde Zahlungsfähigkeit der Unternehmen bekannt gewesen sei.

Das Landgericht hat nach Beweisaufnahme durch Urteil vom 2.5.1995, auf das zur Darstellung der näheren Einzelheiten verwiesen wird, die Beklagten antragsgemäß verurteilt.

Mit der dagegen gerichteten Berufung verfolgen die Beklagten den auf Abweisung der Klage gerichteten Antrag in vollem Umfang weiter. Zur Begründung ihres Rechtsmittels tragen die Beklagten – im einzelnen gemäß den Ausführungen in der Berufungsbegründung vom 12.10.1995 sowie den Schriftsätzen vom 24.6. und 26.6.1996 – vor:

Die Schuldbeitrittserklärung vom 3.6.1992 sei aufgrund der erklärten Anfechtung nichtig. Die von ihnen geführten Unternehmen hätten im Mai/Juni 1992 zusätzliche Kreditmittel benötigt. Dies sei auch der Klägerin bekannt gewesen. Sie, die Beklagten, hätten wegen des zusätzlichen Kreditrahmens Gespräche mit den Sparkassen geführt. Vor der Entscheidung über die Gewährung zusätzlicher Kredite und Bürgschaften hätten die Banken die Vorlage der Bilanzen per 31.12.1991 verlangt. Schon seit April 1992 sei die Klägerin wiederholt und dringend aufgefordert worden, die Bilanzen fertigzustellen und vorzulegen. Dabei sei der Klägerin auch bekannt gewesen, daß eine Fortführung der Unternehmen nur möglich gewesen sei, wenn kurzfristig neues Kapital zugeführt worden wäre. Gleichwohl habe die Klägerin die Herausgabe der bereits fertiggestellten Bilanzen von der Unterzeichnung der Schuldbeitrittserklärung vom 3.6.1992 abhängig gemacht. Hierzu sei die Klägerin nicht berechtigt gewesen.

Zwar sei nichts dagegen einzuwenden, daß die Klägerin die Fortsetzung ihrer Tätigkeit von der Stellung einer Sicherheit abhängig gemacht habe. Auf keinen Fall jedoch habe die Klägerin ihre vertraglich übernommenen Leistungen einstellen und auf diese Weise das Vertragsverhältnis zur Unzeit kündigen dürfen. Daher sei es ihr auch verwehrt gewesen, die Aushändigung der Bilanzen davon abhängig zu machen, daß sie – die Beklagten – auch bezüglich früherer Rechnungen die persönliche Haftung neben den Gesellschaften übernehmen würden. Dieses Verlangen der Klägerin sei als widerrechtliche Drohung i.S.v. § 123 Abs. 1 BGB und darüber hinaus als sittenwidrig i.S.v. § 138 BGB zu werten. Entgegen der Ansicht der Klägerin hätten sie auch keinen anderen Steuerberater mit der Erledigung der Abschlußarbeiten beauftragen können, da dieser einen zu langen Zeitraum benötigt hätte, um sich in die steuerlichen Vorgänge einzuarbeiten.

Sodann könne die Klägerin deswegen kein Honorar beanspruchen, weil ihre Leistungen fehlerhaft und infolgedessen wertlos seien. Die gesamte Buchhaltung habe in den Händen der Klägerin gelegen. Wie sich aus den Berichten des Konkursverwalters ergebe, bestehe das Grundübel darin, daß beide Unternehmen insbesondere bei der Buchführung nicht getrennt geführt worden seien. Für beide Unternehmen sei nur ein einheitliches Girokonto eingerichtet gewesen, über das alle Geschäftsvorfälle gebucht worden seien. In diesem Zusammenhang habe es die Klägerin pflichtwidrig unterlassen, auf die Notwendigkeit, zwei getrennte Konten zu führen, hinzuweisen. Infolge der fehlerhaften Einrichtung habe die Buchhaltung keinen Überblick über die Geschäftsvorfälle und über die Lage des Unternehmens vermittelt. Wie dem Bericht des Konkursverwalters weiterhin zu entnehmen sei, hätten die Bilanzen für 1991 nicht den tatsächlichen Verhältnissen entsprochen. In Wahrheit sei das Ergebnis wesentlich schlechter ausgefallen, als dies anhand der Bilanzen zu ersehen gewesen sei. Bei richtiger Buchhaltung und richtiger Bilanzierung hätte bereits zum Jahreswechsel 1991/1992 Konkursantrag gestellt werden müssen.

Darüber hinaus sei die Klägerin in erheblichem Umfang zum Schadenersatz verpflichtet. Bei richtiger und zutreffender Unterrichtung durch die Klägerin hätte der Geschäftsbetrieb für beide Gesellschaften spätestens im Frühjahr 1992 eingestellt werden müssen. In diesem Fall hätten sie – die Beklagten – weder gegenüber der Klägerin noch gegenüber anderen Gesellschaftsgläubigern Bürgschafts- und andere Verpflichtungserklärungen abgegeben. Statt dessen hätten sie gegenüber der Firma A. noch Ende Mai 1992 eine Bürgschaft über 600.000 DM übernommen; zusätzlich habe der Beklagte zu 2) Bürgschaftserklärungen gegenüber der Firma A. über 170.000 DM und gegenüber der Firma B. in Höhe von 40.000 DM abgegeben. Schließlich beanstanden die Beklagten im Rahmen ihres Schriftsatzes vom 26.6.1996 die Angemessenheit der von der Klägerin vorgenommenen Gebührenberechnung: In mehreren Fällen beanspruche die Klägerin den nach der Gebührenordnung zulässigen Höchstsatz, obwohl nur Arbeiten von durchschnittlicher Art zu erledigen gewesen seien. (...)

Aus den Gründen:

Die Berufung der Beklagten ist nicht begründet.

Auf der Grundlage der von ihnen unterzeichneten Erklärung vom 3.6.1992 schulden die Beklagten der Klägerin die Zahlung des Steuerberaterhonorars in Höhe von 82.712,92 DM. In dieser Erklärung haben die Beklagten im Sinne einer Schuldmitübernahme sich persönlich und gesamtschuldnerisch verpflichtet, die Honoraransprüche der Klägerin gegen die Firmen A. und B. zu erfüllen.

1. Ohne Erfolg wenden die Beklagten ein, die Erklärung vom 3.6.1992 gemäß § 123 Abs. 1 BGB wegen Drohung angefochten zu haben. Das Verhalten der Klägerin erfüllt nicht den Tatbestand von § 123 Abs. 1 BGB oder von § 138 BGB. Denn die Klägerin handelte nicht rechtswidrig. Zur Aushändigung der Bilanzen war die Klägerin nur Zug um Zug gegen Zahlung des Honorars verpflichtet. **Der Steuerberater braucht Arbeitsergebnisse nach §§ 320, 322 BGB i.V.m. § 641 BGB nur Zug um Zug gegen das geschuldete Honorar herauszugeben** (*Gehre, StBG, § 66 Rdn. 14*). Wenn die Klägerin die Herausgabe der Bilanzen von der Stellung einer Sicherheit, also noch nicht einmal von der Erfüllung ihrer Honorarforderung abhängig machte, so begegnet dies keinen Bedenken.

Dies gilt auch insoweit, als die Klägerin zusätzlich eine Sicherung ihrer Honorarforderungen aus den in der Erklärung vom 3.6.1992 im einzelnen aufgeführten Rechnungen aus der Zeit vom 6.3. bis 31.5.1992 verlangte. Sie hat mit dieser Forderung die **Grenzen ihres Zurückbehaltungsrechts nach § 273 BGB nicht überschritten**. Die genannten Rechnungen bezogen sich auf Leistungen der Klägerin für die Steuerjahre 1991/1992. Es handelte sich dabei auch um Vorarbeiten für die anschließend zu erstellenden Jahresabschlüsse. Der nach § 273 BGB geforderte wirtschaftliche und rechtliche Zusammenhang von Forderung und Gegenforderung ist somit gegeben.

Im übrigen ist zu bedenken, daß sich die Klägerin, anstatt auf Erfüllung zu bestehen, mit einer zweifelhaften Sicherheit zufriedengegeben hat. Auch verstieß das Beharren auf einer Sicherheit in Form der Schuldbeitrittserklärung nicht gegen § 138 BGB oder § 242 BGB. Nach Kenntnis der

Klägerin waren die von den Beklagten beherrschten Gesellschaften stark angeschlagen und offenbar nicht kreditwürdig. Die Klägerin hatte daher ein berechtigtes Interesse daran, die weitere Zusammenarbeit mit den von den Beklagten beherrschten Gesellschaften von einer Sicherheitsleistung abhängig zu machen.

2. Der weitere Einwand der Beklagten, die Leistungen der Klägerin seien mangelhaft und daher wertlos gewesen und sie – die Beklagten – hätten bei ordnungsgemäßer Buchhaltung und zutreffender Bilanzierung bereits zum Jahreswechsel 1991/1992 Konkurs anmelden müssen, ist nicht gerechtfertigt.

Den Beklagten stehen grundsätzlich auch Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis zwischen der Klägerin und den Firmen A. und B. zu.

Der Schuldbeitritt ist kein Schuldanerkenntnis i.S.v. § 780 BGB. Erst die von den Beklagten über die Forderungen der Klägerin akzeptierten Wechsel hatten die Bedeutung eines Schuldanerkenntnisses. Da die Annahme der Wechsel erfüllungshalber geschieht, hat der darin zu sehende Erfüllungsversuch zur Folge, daß der Schuldner nunmehr dafür darlegungs- und beweispflichtig ist, daß in Wahrheit keine Verbindlichkeit bestanden hat. Den Beklagten bleibt es insoweit unbenommen, sich auf die gegenüber dem Honoraranspruch der Klägerin bestehenden Einwendungen der Gesellschaften zu berufen; sie sind allerdings darlegungs- und beweispflichtig.

In der Berufungsbegründung **beanstanden** die Beklagten **die Buchhaltung als fehlerhaft**, weil insbesondere eine Buchhaltung getrennt nach Unternehmen unterblieben sei. **Grundsätzlich hätten die Beklagten bzw. die Gesellschaften der Klägerin Gelegenheit zur Nachbesserung geben müssen** (OLG Frankfurt, Urt. v. 13.10.1993, GI 1995, 17, unter Hinweis auf OLG Köln, GI 8/83 = ZIP 1983, 706).

Dies ist unterblieben. Die Beklagten können sich nicht darauf berufen, daß sie erst im Nachhinein durch den Konkursverwalter von den Fehlern der Buchführung erfahren haben. Denn angesichts der mangelnden Vertragstreue der Beklagten und ihrer Gesellschaften war die Klägerin zu einer Ergänzung oder Berichtigung ihrer Leistungen wiederum nur gegen entsprechende Sicherheit verpflichtet.

Im übrigen haben die Beklagten die Fehlerhaftigkeit der Arbeiten der Klägerin im einzelnen nicht dargelegt. **Daß die Bilanzen für 1991 nach Darstellung des Konkursverwalters nicht den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen haben, zwingt nicht zu der Annahme, daß die Klägerin hierfür verantwortlich ist.** Die Ursache dafür, daß die Bilanzen nicht die tatsächlichen Gegebenheiten widerspiegeln, kann auch in dem persönlichen Bereich der Beklagten zu suchen sein. Denn nach dem Bericht des Konkursverwalters vom 29.1.1993 haben die Beklagten auch persönliche, nicht auf die Gesellschaften laufende Konten eingerichtet, um Geldbewegungen außerhalb des Gesellschaftsvermögens und außerhalb der Buchhaltung zu ermöglichen.

Somit kann gerade nicht davon ausgegangen werden, daß die Beklagten der Klägerin die Unterlagen über die Geschäftsvorgänge in den Gesellschaften vollständig zur Verfügung gestellt haben. **Sind aber bereits die Grundaufzeichnungen der Buchhaltung unvollständig, was der Auftraggeber zu verantworten hat, so führt dies notwendigerweise zu einer unzutreffenden Darstellung der Geschäftsabläufe durch den Steuerberater.**

Der weitere Vorwurf der Beklagten, die Klägerin habe **die wirtschaftliche Situation der Unternehmen nicht richtig dargestellt** und somit die rechtzeitige und erforderliche Kapitalbeschaffung vereitelt, stellt die Situation geradezu auf den Kopf. Denn nach dem Bericht des Konkursverwalters waren es gerade die Beklagten, die den Gesellschaften Mittel entzogen und Zahlungseingänge an den Gesellschaften vorbei auf eigene Konten umgeleitet haben. In diesem Zusammenhang fehlt bereits eine erforderliche Darlegung dafür, warum die Klägerin für die in der Berufungsbegründung aufgeführten Bürgschaftserklärungen verantwortlich sein soll. Denn offensichtlich waren die Beklagten um zusätzliche Kredite bereits zu einem Zeitpunkt bemüht, noch ehe die Klägerin die Bilanzen für das Jahr 1991 vorgelegt hatte. **Der Kreditbedarf der Gesellschaften war den Beklagten also ohnehin bekannt.**

3. Im übrigen haben die Beklagten, wie bereits das Landgericht ausgeführt hat, den angeblichen Schaden in der Berufungsinstanz nicht

weiter substantiiert. Allein **aus der Tatsache**, daß die Beklagten Ende Mai 1992 eine Bürgschaft über 600.000 DM übernommen und daß der Beklagte zu 2) ferner im April 1992 eine Bürgschaftserklärung gegenüber der Firma A. über 170.000 DM abgegeben und im Mai 1992 für eine Forderung der Firma B. über 40.000 DM eine **persönliche Verpflichtungserklärung** abgegeben hat, **folgt nicht, daß dieses finanzielle Engagement der Beklagten auf eine falsche steuerliche Beratung der Klägerin zurückzuführen ist. Die mangelnde Zahlungsfähigkeit der Gesellschaften war offensichtlich.**

Die Gesellschaften besaßen auch kein Vermögen, das den Gläubigern als Sicherheit hätte dienen können. Im übrigen ist darauf zu verweisen, daß die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Gesellschaften weitgehend durch die vom Konkursverwalter geschilderten Manipulationen der Beklagten bedingt waren. (...)

Honoraranspruch des Steuerberaters

– Verjährung

– Unentgeltlichkeit

(OLG Düsseldorf, Urt. v. 18.7.1996 – 13 U 132/95)

Leitsätze (d. Red.):

1. Die zweijährige Verjährungsfrist für Honoraransprüche des Steuerberaters beginnt mit dessen Fälligkeit (§ 196 Abs. 1 Nr. 15 BGB).

2. Darlegungspflichtig für den Eintritt der Verjährung ist der Mandant.

3. Honoraransprüche wegen erledigter Buchführungsarbeiten werden frühestens im Folgejahr fällig, da sie sich gemäß § 33 Abs. 6 StBGebV nach dem Jahresumsatz richtet; dieser kann erst nach Ablauf des Geschäftsjahres ermittelt werden.

4. Steuerberater erbringen grundsätzlich ihre Leistungen nur gegen Entgelt.

Aus den Gründen:

II. Die Entscheidung des Landgerichts ist zutreffend.

1. Gegenüber den Honorarforderungen gemäß den Rechnungen vom 7.12.1993 in Höhe von 6.351,97 DM und 7.631,76 DM bleibt die Einrede der **Verjährung** ohne Erfolg. Mit den genannten Rechnungen hat der Kläger seine steuerberatende Tätigkeit für die Jahre 1990 und 1991 abgerechnet. Die Honoraransprüche des Steuerberaters verjähren gemäß § 196 Abs. 1 Nr. 15 BGB in zwei Jahren. **Dabei richtet sich der Beginn des Ablaufs der Verjährungsfrist nach der Fälligkeit des Honoraranspruchs** (Eckert/Böttcher, Steuerberatergebührenverordnung, § 7 Rdn. 4).

Darlegungspflichtig für den Eintritt der Verjährung ist der Schuldner, der sich auf diese Einrede beruft (Palandt/Heinrichs, § 193 BGB Rdn. 18). Allein daraus, daß die Leistungen des Klägers sich auf die Jahre 1990 und 1991 bezogen, ist nicht zu schließen, daß der Kläger die jeweiligen Arbeitsergebnisse betreffend die Steuerjahre 1990 und 1991 dem Beklagten vor Beginn des Jahres 1992 – nur dann lief die Verjährungsfrist bereits am 31.12.1993 ab – vorgelegt hat. Dies gilt auch für die Buchführungsarbeiten.

Die **Vergütung von Buchführungsarbeiten wird frühestens im Folgejahr fällig, da sie sich gemäß § 33 Abs. 6 StBGebV nach dem Jahresumsatz richtet; dieser kann erst nach Ablauf des Geschäftsjahres ermittelt werden** (Senat, Urt. v. 25.3.1993 – 13 U 134/92, GI 1993, 419). Da der Beklagte den jeweiligen Zeitpunkt für den Empfang der vom Kläger gefertigten Arbeitsergebnisse nicht angibt, ist der Eintritt der Verjährung der Honoraransprüche für die Jahre 1990 und 1991 nicht festzustellen.

2. Der Beklagte hat auch nicht nachgewiesen, daß der Kläger sich verpflichtet hat, die steuerberatende Tätigkeit **honorarfrei** zu erbringen. Eine entsprechende schriftliche Vereinbarung liegt nicht vor. **Grundsätzlich ist davon auszugehen, daß ein Steuerberater seine Tätigkeit nur gegen Entgelt entfaltet.** Die Aussage des Zeugen, von dem der Kläger die Praxis über-

nommen hat, ist nicht geeignet, den Nachweis für die Behauptung des Beklagten zu erbringen, die Parteien hätten sich darauf geeinigt, daß der Beklagte dem Kläger neue Mandanten zuführen und daß der Kläger zum Ausgleich dafür auf die Berechnung eines Honorars verzichten solle.

Aus der Tatsache, daß zwischen dem Zeugen und dem Beklagten eine entsprechende – stillschweigende – Übereinkunft bestanden hat, können keine entsprechenden Schlüsse auf die Ausgestaltung der vertraglichen Beziehungen zwischen den Parteien dieses Rechtsstreits gezogen werden. Denn der Zeuge hat während seiner fünfjährigen Tätigkeit für den Beklagten auf Honoraransprüche in einer Größenordnung von 1.500 bis 2.000 DM als Gegenleistung dafür verzichtet, daß der Beklagte ihm mehrere Mandate vermittelt hat. Demgegenüber steht dem Kläger für die Erledigung der steuerlichen Angelegenheiten des Beklagten in den Jahren von 1989 bis 1993 – also ebenfalls für einen Zeitraum von fünf Jahren – ein Honoraranspruch von über 32.000 DM zu.

Der Beklagte legt nicht dar, seinerseits entsprechende Gegenleistungen erbracht zu haben. Nach der in der Berufungsbegründung enthaltenen Darstellung hat der Beklagte über 20 Ärzten – durchweg mit Wohnsitz im Lande Hessen – den Kläger als Steuerberater empfohlen. Lediglich für einen einzigen Fall, eine Praxis, hat der Beklagte konkret vorgetragen, durch seine Empfehlung ein Mandatsverhältnis für den Kläger vermittelt zu haben. Selbst wenn dem Beklagten hieraus ein Provisionsanspruch erwachsen sein sollte, ist dieser durch Verrechnung mit dem verjährten Teil der Klageforderung erloschen (vgl. §§ 396 Abs. 1 Satz 2, 366 Abs. 2 BGB).

Auch der Umstand, daß der Kläger mit der Erteilung seiner Honorarrechnungen abgewartet hat, ob noch Mandate aus der vom Beklagten betreuten Ärzteschaft erteilt werden, führt – vom Eintritt der Verjährung abgesehen – nicht zum Verlust des Honoraranspruchs. Denn auch nach Darstellung des Beklagten und des Zeugen bestand zwischen den Parteien allenfalls eine Art Verrechnungsabrede. Während der Kläger den Umfang und den Wert seiner Leistungen im einzelnen dargelegt hat, fehlt eine entsprechende Aufstellung für die angeblichen Gegen-

leistungen des Beklagten. Demzufolge erweist sich die Entscheidung des Landgerichts in der Hauptsache als richtig.

Lediglich wegen eines Teils der Zinsforderung ist die Klage abzuweisen. Eine Verzinsung seiner Forderung kann der Kläger lediglich in dem von der Bank bescheinigten Umfang verlangen.

Steuerberaterhaftung

- Regreßverjährung, § 68 StBerG
- Sekundäranspruch
- Belehrungspflicht über Fehler in den eigenen Arbeiten
- Mandatsauftrag an Rechtsanwalt
(OLG Düsseldorf, Urt. v. 12.9.1996 - 13 U 97/95)

Leitsatz:

Die Pflicht des Steuerberaters, den Mandanten bei fortbestehendem Vertragsverhältnis auf die durch seinen Fehler eingetretene Schädigung und die kurze Verjährung nach § 68 StBerG hinzuweisen, entfällt nicht allein deshalb, weil noch vor Ablauf der Verjährungsfrist ein Rechtsanwalt beauftragt worden ist, das mit dem Fehler des Steuerberaters zusammenhängende finanzgerichtliche Verfahren zu führen. Die Hinweispflicht erübrigt sich nur dann, wenn feststeht, daß der Rechtsanwalt den Mandanten über den möglichen Regreßanspruch und dessen Verjährung rechtzeitig unterrichtet hat (im Anschluß an BGH, NJW-RR 1990, 459, 460 = GI 1990, 112).

Zum Sachverhalt:

Die Kläger nehmen den Beklagten wegen der Verletzung von Steuerberaterpflichten auf Zahlung von Schadenersatz in Anspruch.

In den Jahren 1982 und 1983 ließen die Kläger an ihrem Wohnhaus Um- und Ausbauarbeiten ausführen, die Aufwendungen in Höhe von insgesamt 273.067 DM verursachten. Davon machten sie nach Beratung durch den Beklagten in den Einkommensteuererklärungen für die Jahre

1982 bis 1984 einen Teilbetrag von 130.000 DM als Werbungskosten geltend. Das Finanzamt N. vertrat in den Einkommensteuerbescheiden jedoch den Standpunkt, daß es sich nicht um Aufwendungen für Maßnahmen i.S.d. § 82 EStDV handele. Die eingelegten Einsprüche blieben erfolglos.

Gegen die dem Beklagten am 26.8.1988 zugestellten Einspruchsentscheidungen erhob dieser namens der Kläger am 28.9.1988, also nach Ablauf der Monatsfrist des § 47 Abs. 1 Satz 1 FGO, Klage. Das Finanzgericht Düsseldorf wies die Klage durch Urteil vom 20.7.1990 wegen der Versäumung der Klagefrist als unzulässig ab. Gegen die Nichtzulassung der Revision legten die Kläger, vertreten durch einen Rechtsanwalt, Beschwerde ein. Dieses Rechtsmittel wies der Bundesfinanzhof durch Beschluß vom 8.3.1991 als unbegründet zurück. Über einen gegenüber dem Beklagten geltend zu machenden Regreßanspruch und dessen Verjährung beriet der Rechtsanwalt die Kläger nicht.

Die Kläger erhoben gegen die Einkommensteuerbescheide für die Veranlagungszeiträume 1985 bis 1987 unter den gleichen Voraussetzungen, die den Kalenderjahren 1982 bis 1984 zugrunde lagen, Einspruch. Dem Beklagten, der sie nach wie vor beriet, gelang es, das Finanzamt davon zu überzeugen, daß die Kläger bei den in den Jahren 1982 und 1983 durchgeführten Um- und Ausbauten 240.000 DM für Maßnahmen i.S.d. § 82a EStDV aufgewendet haben. In der Folgezeit ergingen daraufhin Berichtigungsbescheide für die Jahre 1985 bis 1987.

Die Kläger haben behauptet, das Finanzamt sei dem Grunde nach bereit gewesen, die anteiligen Werbungskosten für die Jahre 1982 bis 1984 zu berücksichtigen, habe sich daran allerdings durch die bestandskräftig gewordenen Einspruchsbescheide gehindert gesehen. Neben der der Höhe nach unstreitigen Mehrbelastung bei der Einkommen- und Kirchensteuer haben sie Nebenkosten in Höhe von 2.868,32 DM für die Eintragung und Löschung einer Zwangshypothek sowie für die Gerichtskosten des Finanzgerichtsverfahrens geltend gemacht. (...)

Der Beklagte hat die Einrede der Verjährung erhoben. Darüber hinaus hat er behauptet, das

Finanzamt hätte, selbst wenn die Klagefrist eingehalten worden wäre, die Werbungskosten für die Jahre 1982 bis 1984 nicht anerkannt.

Das Landgericht hat die Klage durch Urteil vom 23.2.1995, auf das zur näheren Sachdarstellung verwiesen wird, abgewiesen. Zur Begründung hat es im wesentlichen ausgeführt, etwaige Schadenersatzansprüche der Kläger seien verjährt. Die primäre Verjährungsfrist sei mit Ablauf des 10.10.1991 vollendet gewesen. Die Voraussetzungen für einen sekundären Schadenersatzanspruch lägen nicht vor, nachdem die Kläger vor Ablauf der Verjährungsfrist anwaltlich beraten worden seien. Zum Auftrag von dem Rechtsanwalt habe neben der Vertretung vor dem Bundesfinanzhof die Prüfung gehört, ob die Ersatzpflicht eines Dritten in Betracht komme.

Gegen dieses Urteil wenden sich die Kläger mit der form- und fristgerecht eingelegten und begründeten Berufung. Sie vertreten die Ansicht, daß der Beklagte ungeachtet der Tätigkeit von dem Rechtsanwalt verpflichtet gewesen sei, sie über die kurze Verjährung nach § 68 StBerG aufzuklären. (...)

Aus den Gründen:

Die zulässige Berufung hat bis auf eine (nicht unerhebliche) Zinsmehrforderung Erfolg. Der Beklagte ist wegen schuldhafter Verletzung des mit den Klägern geschlossenen Steuerberatervertrages verpflichtet, Schadenersatz in Höhe von 86.131,32 DM zu leisten. Die erhobene Verjährungseinrede greift nicht durch.

I. Daß der Beklagte seine Pflichten, die Interessen der Kläger in den Verfahren über die Einkommensteuer für die Jahre 1982 bis 1984 sachgerecht zu vertreten, schuldhaft verletzt hat, ist unstreitig. Die Parteien streiten allein darüber, ob die Pflichtverletzung des Beklagten ursächlich für den Schaden gewesen und in welcher Höhe den Klägern ein Schaden entstanden ist.

1. Das Vorbringen des Beklagten im Berufungsrechtszug, auch bei Einhaltung der Klagefrist hätte das Finanzamt die angemeldeten Werbungskosten für die Jahre 1982 bis 1984 nicht anerkannt, steht im Widerspruch zu seinem Schreiben vom 4.5.1994 an die Haft-

pflichtversicherung. Darin heißt es, „die Einkommensteuerbescheide für die Veranlagungszeiträume 1985 ..., 1986 ... und 1987 ... wurden unter den gleichen Voraussetzungen wie die fehlerveranlagten Kalenderjahre 1982 bis 1984, die dem Schadensfall zugrunde liegen, angefochten“. In einer Besprechung habe sich das Finanzamt dann am 21.1.1993 seiner, des Beklagten, rechtlichen Würdigung angeschlossen.

Bei dieser Sachlage bestehen nach Auffassung des Senats keine Zweifel, daß jedenfalls das finanzgerichtliche Verfahren zu einer Änderung der Einkommensteuerbescheide 1982 bis 1984 geführt hätte. Wenn der Beklagte das jetzt anders sieht, hätte er schon näher ausführen müssen, welche Gründe ihn zu einer gegenteiligen Beurteilung des Sachverhalts veranlaßt haben.

2. Die steuerlichen Mehrbelastungen der Kläger in Höhe von 83.263 DM sind, wie der Beklagte schon erstinstanzlich eingeräumt hat, zutreffend ermittelt worden. Die Kläger können zudem die Kosten des zur Schadenabwehr geführten finanzgerichtlichen Rechtsstreits in Höhe von 2.228 DM ersetzt verlangen. Die Schadenersatzpflicht des Beklagten erstreckt sich schließlich auch auf die im Zusammenhang mit der Eintragung und Löschung einer Zwangshypothek entstandenen Kosten von 640,32 DM.

Der erstinstanzliche Sachvortrag des Beklagten, das Finanzamt habe die Zwangsmaßnahmen eingeleitet, weil die Kläger ihre Zusage, ab April 1994 auf die Steuerrückstände monatlich 10.000 DM zu zahlen, nicht eingehalten hätten, kann nicht zutreffen. Die Zwangshypothek ist bereits im Jahre 1991 gelöscht worden. Der Beklagte kann den Klägern aber auch nicht vorwerfen, sie hätten dem Finanzamt vor der Eintragung der Zwangshypothek keine konkreten Zahlungsvorschläge gemacht. Substantiiert wäre dieser Sachvortrag allenfalls, wenn der Beklagte zusätzlich dargelegt hätte, daß die Kläger seinerzeit nicht nur in der Lage gewesen sind, solche Vorschläge zu machen, sondern sie auch einzuhalten.

3. Die Kläger können allerdings nur Zinsen in Höhe von 4 % beanspruchen. Bei dem vorgelegten Schreiben vom 30.11.1994 handelt es sich

nicht um eine Zinsbescheinigung, sondern um eine vom Kläger angefertigte Aufstellung.

II. Dem Schadenersatzbegehren der Kläger steht die Verjährungseinrede des Beklagten nicht entgegen.

1. Nach § 68 StBerG verjährt der Anspruch des Auftraggebers auf Schadenersatz aus einem zwischen ihm und dem Steuerberater bestehenden Vertragsverhältnis in drei Jahren von dem Zeitpunkt an, in dem der Anspruch entstanden ist. Ein Schadenersatzanspruch entsteht in diesem Sinne, wenn er wenigstens dem Grunde nach erwachsen ist, mag seine Höhe auch noch nicht beziffert werden können, ferner wenn durch die Verletzungshandlung eine als Schaden anzusehende Verschlechterung der Vermögenslage eintritt, ohne daß feststehen muß, ob ein Schaden bestehen bleibt und damit endgültig wird (BGH, MDR 1992, 1088 = GI 1992, 311, 315). In diesen Fällen muß der Ablauf der Verjährungsfrist durch die Erhebung einer Klage auf Feststellung der Pflicht, den noch nicht bezifferten entstandenen und entstehenden Schaden zu ersetzen, unterbrochen werden.

Hat der Steuerberater die Frist zur Erhebung der Klage gegen Einspruchsentscheidungen des Finanzamts versäumt, dann ist der Schaden frühestens mit dem Ablauf dieser Frist eingetreten. Es kann offen bleiben, ob hier angesichts des Wiedereinsetzungsgesuchs, das letztlich erfolglos blieb, ein späterer Zeitpunkt maßgeblich ist. Die Klagefrist von einem Monat (§ 47 Abs. 1 S. 1 FGO) begann mit der Zustellung der Einspruchsentscheidung am 26.8.1988 und endete mit Ablauf des 26.9.1988 (§ 54 Abs. 2 FGO, § 222 ZPO, § 187 f. BGB). Die dreijährige Verjährungsfrist war dann mit Ablauf des 26.9.1991 vollendet.

2. Die Kläger können ihren Schadenersatzanspruch aber darauf stützen, daß der **Beklagte die Belehrung über die Eigenhaftung und den Ablauf der Verjährungsfrist unterlassen hat (sog. Sekundärhaftung).**

a) Grundsätzlich ist ein Steuerberater wie ein Rechtsanwalt verpflichtet, seinen Mandanten vor Ablauf der ersten Verjährungsfrist auf die Möglichkeit seiner Haftung hinzuweisen, **wenn es für ihn aus begründeten Anhaltspunkten wahrscheinlich ist, daß er einen Fehler mit**

Schadenfolgen für den Mandanten gemacht hat (BGH NJW-RR 1996, 313, 314 = GI 1995, 273; NJW 1992, 836, 837 = GI 1992, 71; 1991, 2828, 2830 = GI 1991, 171; Senat, GI 1993, 210, 211). Wird diese Pflicht schuldhaft verletzt, steht dem Geschädigten der sogenannte Sekundäranspruch zu. **Das setzt aber die Kenntnis des Steuerberaters von der Pflichtverletzung voraus. Ein Anlaß, die Kläger auf den ihnen drohenden Schaden und die Regreßmöglichkeit hinzuweisen, ergab sich für den Beklagten spätestens nach der Zustellung des Urteils des Finanzgerichts Düsseldorf vom 20.7.1990.**

Die erforderlichen Hinweise, insbesondere auch auf die kurze Verjährungsfrist, hat der Beklagte aber nicht gegeben. Die versäumte Aufklärung versagt ihm die Verjährungseinrede allerdings nur, soweit der Verjährungseintritt auf der Verletzung der Hinweispflicht beruht. **Eine Sekundärhaftung kommt also nicht in Betracht, wenn der Mandant rechtzeitig vor Ablauf der Verjährungsfrist in einem anderen Beratungsverhältnis stand, das die Haftungsfrage mit einschloß, oder auf einem anderen Wege über den Schadenersatzanspruch und dessen Verjährung Kenntnis erhielt.** Die Hinweispflichten eines mit der Prüfung von Regreßfragen betrauten Rechtsanwalts treten an die Stelle derjenigen des Steuerberaters, der die zum Schadenersatz verpflichtende Handlung begangen hat (BGH, NJW-RR 1996, 313, 314 = GI 1995, 273).

Hier hat der Rechtsanwalt offenbar keinen umfassenden Beratungsauftrag erhalten, ihm war nur die Durchführung der Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision übertragen worden. Nach der höchstrichterlichen Rechtsprechung (BGH, NJW 1993, 2045 = GI 1993, 260) darf der Rechtsanwalt aber auch in einem solchen Falle die ihm anvertraute Prozeßführung nicht völlig isoliert von den übrigen Interessen des Auftraggebers sehen. Vielmehr hat er die mit dem Verfahren unmittelbar zusammenhängenden rechtlichen und wirtschaftlichen Belange seiner Partei mit zu berücksichtigen und darauf zu achten, daß ihr insoweit nicht durch ein Versäumnis während des Verfahrens Nachteile entstehen. Hier lag es nach den Gründen des Rechtsanwalts bekannten Urteils des

Finanzgerichts Düsseldorf vom 20.7.1990 auf der Hand, daß Regreßansprüche gegen den Beklagten in Betracht kamen.

Der Prozeßbevollmächtigte der Kläger durfte auch nicht die Augen vor dem drohenden Ablauf der Verjährungsfrist verschließen. Dennoch entfällt die sekundäre Hinweispflicht des Steuerberaters bei fortbestehendem Mandatsverhältnis in einem solchen Falle nur, wenn feststeht, daß der Mandant über einen möglichen Regreßanspruch und dessen Verjährung rechtzeitig unterrichtet wurde (BGH, NJW 1995, 2108, 2109 = GI 1995, 169; NJW-RR 1990, 459, 460). Es genügt nicht, daß der Steuerberater von einer solchen Aufklärung ausgeht, dies aber nicht sicher weiß (BGH, NJW 1987, 326, 327). Die erforderliche Beratung hat der Rechtsanwalt, wie außer Streit steht, den Klägern nicht zuteil werden lassen.

b) Die Verjährung des Sekundäranspruchs beginnt mit dem Eintritt der Primärverjährung (BGH, NJW 1995, 2108, 2110 = GI 1995, 169). Die mit Ablauf des 26.9.1991 in Gang gesetzte dreijährige Verjährungsfrist des Sekundäranspruchs ist vor ihrer Vollendung unterbrochen worden. Nach § 209 Abs. 1 BGB wird die Verjährung durch Klageerhebung unterbrochen. Erhoben ist die Klage gemäß § 253 Abs. 1 ZPO mit der Zustellung der Klageschrift an den Beklagten. Das ist hier am 12.10.1994, mithin nach Ablauf der Verjährungsfrist, geschehen. Soll durch die Zustellung die Verjährung unterbrochen werden, so tritt diese Wirkung gemäß § 270 Abs. 3 ZPO aber bereits mit der Einreichung der Klageschrift bei Gericht ein, sofern die Zustellung demnächst erfolgt.

Diese Voraussetzungen sind erfüllt, wenn die Zustellung innerhalb einer den Umständen nach angemessenen Frist, ohne besondere von der Partei zu vertretende Verzögerung erfolgt (BGH, NJW 1988, 1079, 1082). So liegt der Fall hier. Die Klageschrift ist beim Landgericht am 19.9.1994, also vor Ablauf der Verjährungsfrist des Sekundäranspruchs, mit einem die Prozeßkosten deckenden Scheck eingegangen. Die kurze Verzögerung bis zur Zustellung beruhte allein auf dem Geschäftsablauf bei Gericht.

Nachbesserungskosten

– Frist zur Nachbesserung
(LG Darmstadt, Urt. v. 7.8.1997 – 9 O 381/95)

Leitsätze (d. Red.):

1. Will der Mandant nur unvollständig oder schlecht erbrachte Leistungen des Steuerberaters auf einen Berufskollegen übertragen, muß er dem bisherigen Steuerberater zunächst innerhalb angemessener Frist die Möglichkeit zur Nachbesserung einräumen.

2. Bei endgültiger Leistungsverweigerung bedarf es nicht der Androhung einer Ersatzvornahme durch einen neuen Steuerberater.

3. Behauptet der Mandant, eine Aufforderung zur Nachbesserung sei entbehrlich gewesen, ist er hierfür beweispflichtig.

Zum Sachverhalt:

Die Klägerin betreibt seit Mitte 1989 ein Reisebüro und schloß mit dem Beklagten einen Steuerberatervertrag. Der genaue Umfang der aufgrund dieses Vertrages von Beklagtenseite geschuldeten Leistungen ist zwischen den Parteien streitig. Mit den Arbeiten bezüglich der Klägerin betraute der Beklagte seinen Mitarbeiter, der nicht nur die Bearbeitung der laufenden steuerlichen Angelegenheiten übernahm, sondern auch den Neuaufbau der klägerischen Buchhaltung.

Nachdem bis zum Herbst 1991 noch kein Abschluß für das Geschäftsjahr 1990 vorlag, kündigte die Klägerin am 6.11.1991 den Beratervertrag zum 31.12.1991. Dem widersprach die Beklagte. Im April 1992 wurde ein „vorläufiger“ Jahresabschluß vorgelegt, der allerdings noch nicht vollständig war. Der Mitarbeiter der Beklagten sagte mehrfach zu, den endgültigen Abschluß für 1990 fertigzustellen und das Rechnungswesen bis Ende 1992 so zu bearbeiten, daß ab Januar 1993 ein neuer Steuerberater die Arbeiten übernehmen könne. Die Klägerin behauptet, zu Beginn des Jahres 1993 sei die

Buchhaltung in einem derart chaotischen und desolaten Zustand gewesen, daß der neue Steuerberater für den Zeitraum ab Januar 1990 eine vollständig neue Buchhaltung aufbauen mußte.

Unter dem Gesichtspunkt der Schlechterfüllung beansprucht die Klägerin mit der Klage Zahlung jener Kosten, welche sie für diese Buchhaltungsarbeiten (ab Februar 1990 bis Dezember 1992) an den in der Folge mit der Buchhaltung beauftragten neuen Steuerberater zahlte und beziffert diese Kosten mit 149.352,35 DM. Weiterhin macht die Klägerin jene Kosten (7.767,00 DM) geltend, welche sie für die Erstellung eines neuen Jahresabschlusses für das Jahr 1990 aufwandte.

Die Klägerin behauptet, der Beklagte habe jedenfalls seit Herbst 1991 von den unzureichenden Leistungen seines Mitarbeiters gewußt und sich gegenüber ihrem Geschäftsführer und dem Prozeßbevollmächtigten außerstande erklärt, die Buchhaltungs- und Abschlußarbeiten für die Zeit bis 31.12.1992 im Verlauf des ersten Halbjahres 1993 fertigzustellen. Nachdem feststand, daß der Mitarbeiter bei dem Beklagten ausscheide, sei diesem mitgeteilt worden, daß die Klägerin weiterhin an einer Fertigstellung der Arbeiten durch den Beklagten interessiert sei, eine Tätigkeit des Mitarbeiters aber nach dem 1.1.1993 nicht mehr akzeptiert werde.

Die Klägerin beantragt, den Beklagten zu verurteilen, an sie 157.119,35 DM nebst 4 % Zinsen aus 93.505,75 DM seit 29.11.1994 und aus 63.613,60 DM seit Rechtshängigkeit zu zahlen. – Der Beklagte beantragt, die Klage abzuweisen.

Der Beklagte trägt vor, der Zeuge sei zunächst nicht als sein Mitarbeiter, sondern – noch vor seiner Anstellung bei ihm – als Existenzgründungsberater unmittelbar für die Gesellschafter der Klägerin tätig geworden und habe den Aufbau des Rechnungswesens der Klägerin allein in dieser Funktion – und nicht als Leistung des Beklagten – durchgeführt. Er sei allein mit der Erstellung von Lohnabrechnungen, Buchhaltungsarbeiten, Jahresabschlüssen und Steuererklärungen beauftragt worden, nicht dagegen damit, Belege zusammenzusuchen, Kassenprotokolle nachzuarbeiten, die Ablage zu ordnen oder den Zahlungsverkehr zu überwachen. Nichts desto trotz habe sein Mitarbeiter derlei

Arbeiten erledigt, weil das von Klägerseite eingesetzte Personal hierzu nicht in der Lage gewesen sei.

Die Zusammenarbeit der Parteien sei durch Rücksichtnahme auf verwandtschaftliche Interessenverflechtungen stark behindert worden; so habe man sich ein Rechnungsprogramm von einem Verwandten erstellen lassen, das aber nicht habe dazu gebracht werden können, Buchungsdaten fehlerfrei an die DATEV-Finanzbuchhaltung zu übergeben. Auch nach dessen Erstellung sei bis zum 31.12.1990 eine fehlerfreie Datenübernahme nicht möglich gewesen, so daß aufwendige manuelle Nachbuchungen erforderlich geworden seien, die durch beengte räumliche Verhältnisse und hohe Personalfuktuation zusätzlich erschwert waren. Auf diese Schwierigkeiten habe der Zeuge wiederholt hingewiesen und Abhilfe angemahnt. Weiterhin seien zahlreiche Belege in Ermangelung von Daten nicht zuzuordnen, falsch abgelegt oder nicht auffindbar gewesen bzw. seien erst verspätet nach Anmahnung übergeben worden.

Infolgedessen sei zwar nachvollziehbar, daß die Buchhaltung nochmals habe erstellt werden müssen, dies sei aber nicht ihm anzulasten. Die als „vorläufig“ bezeichnete Bilanz für 1990 sei auf der Grundlage der vorhandenen Daten erstellt worden; soweit solche fehlten, habe dies die Klägerin selbst zu vertreten. Folgerichtig habe auch das neue Steuerberaterbüro Sortier- und Nebenarbeiten erheblichen Umfangs abgerechnet, woraus zu ersehen sei, daß die Unterlagen der Klägerin nicht vollständig waren; derartige Arbeiten seien nicht Aufgabe des Beklagten gewesen.

Da es zur Aufstellung einer endgültigen Bilanz für 1990 nicht kam, hätten auch die Folgebilanzen mangels Kontinuität nicht abgeschlossen werden können. Schließlich seien in der Klageforderung auch Kosten für die Bilanz 1991 enthalten; diese habe der Beklagte aber niemals in Rechnung gestellt.

Der Beklagte ist der Auffassung, die Klägerin hätte ihm vor Entzug des Auftrages und dessen Neuvergabe an einen anderen Steuerberater Gelegenheit zur Fertigstellung der Arbeiten geben müssen. Dies sei der Klägerin – kostenlos – mit einer Frist von drei Monaten angeboten worden. (...)

Aus den Gründen:

Die Klage ist nicht begründet. Der Klägerin stehen Ansprüche gegen den Beklagten aus mangelhafter Erfüllung der diesem obliegenden vertraglichen Pflichten aus dem unstreitig zustande gekommenen Steuerberatungsvertrag unter keinem rechtlichen Gesichtspunkt zu.

Die Klägerin kann von dem Beklagten insbesondere keinen Ersatz jener Kosten beanspruchen, welche sie für die Erstellung der zunächst von dem Beklagten zu leistenden Jahresabschlüsse und Steuererklärungen aufwandte. Voraussetzung für eine solche Erstattungspflicht ist nämlich unabhängig von der Frage, wen für die unstreitig nicht vollständige Erbringung dieser Leistungen die Verantwortung trifft, daß **der Mandant seinen Steuerberater hinsichtlich dieser Leistungen nicht nur in Verzug setzt, sondern ihm eine angemessene Frist zur Nachbesserung einräumt und die Ablehnung weiterer Leistungen bzw. die Ersatzvornahme nach Ablauf der Frist androht** (vgl. OLG Frankfurt; *Urt. v. 13.10.1993 – 21 U 145/92, DStR 1994, 479*; OLG Düsseldorf, *Urt. v. 30.7.1992 – 13 U 258/91, GI 1993, 45 = Stbg 1993, 234*; OLG Düsseldorf, *Urt. v. 12.12.1991 – 13 U 118/91, GI 1993, 47*; OLG Köln, *Urt. v. 12.4.1991 – 11 U 41/90, GI 1991, 144 = Stbg 1991, 492 = StB 1992, 70*; LG Düsseldorf, *Urt. v. 19.7.1988 – 10 O 119/88, GI 1989, 116*; OLG Hamm, *Urt. v. 18.3.1988 – 25 U 103/87, GI 1988, 136*; OLG Koblenz, *Urt. v. 14.7.1987 – 3 U 1592/86, Stbg 1989, 77 = BRAK-Mitt 1989, 163*; LG Bonn, *Urt. v. 21.9.1976 – 1 O 284/74, DStR 1978, 116*; vgl. auch OLG Frankfurt, *Urt. v. 5.12.1984 – 21 U 207/83, DStR 1985, 449*; jeweils zit. n. *Juris*). An einer solchen unzweifelhaften Erklärung der Klägerseite fehlt es vorliegend aber; eine solche war auch unter Berücksichtigung der weiteren Besonderheiten des Falles nicht etwa entbehrlich.

Eine entsprechende Fristsetzung mit Ablehnungsandrohung ist jedenfalls in schriftlicher Form nicht vorgelegt und auch nicht ersichtlich. Dabei mußten insbesondere die zahlreichen Schreiben der Klägerin vor dem Gespräch am 11.12.1992 insofern außer Betracht bleiben, als diese sich nach eigenem Vorbringen wiederholt auf weitere Tätigkeiten des Beklagten einließ, obwohl sie bereits mit Schreiben vom 6.11.1991

die Kündigung bezüglich Buchhaltungsarbeiten für das Jahr 1990 und hinsichtlich der Lohnbuchhaltung zum Dezember 1991 ausgesprochen hatte. Ersichtlich ließ sie sich in der Folge auf weitere Tätigkeiten ein, so daß sie aus diesem – im übrigen auch nicht unwidersprochen gebliebenen – Schreiben keine Rechte herleiten kann, zumal sie mit Schreiben vom 14.5.1992 dem Beklagten mitteilte, ab 1992 die Buchhaltung durch eigenes Personal erledigen zu können, so daß sich die Tätigkeit des Beklagten in der Folge „auf die steuerliche und fachliche Beratung und auf die Bilanzierung konzentrieren“ könne.

Danach war für die Entscheidung davon auszugehen, daß die Klägerin zwar wiederholt **die Erbringung der geschuldeten Leistungen anmahnte, die gesetzten Fristen aber auch wiederholt verlängerte, ohne klarzustellen, daß ein neuerlicher erfolgloser Fristablauf dazu führen würde, daß weitere Tätigkeiten abgelehnt und im Wege der Ersatzvornahme auf Kosten des Beklagten in Auftrag gegeben würden.** Einer dahingehenden Klarstellung hätte es aber um so eher bedurft, als gerade aus den **wiederholten Fristverlängerungen** ein Vertrauenstatbestand dahingehend erwächst, daß eine endgültige Beendigung der Zusammenarbeit auf Kosten des Beklagten jedenfalls nicht ohne klare Vorwarnung erfolgen würde. An einer solchen fehlt es aber, was auch daraus ersichtlich wird, daß die Klägerin selbst noch bis gegen Ende 1992 an einer Fertigstellung der Arbeiten durch den Beklagten – allerdings nicht durch den Mitarbeiter – interessiert und – soweit ersichtlich erstmals in hinreichend deutlicher Form – erst unter dem 4.3.1993 und damit offenkundig nach Beauftragung eines Fremdunternehmens dem Beklagten androhte und mitteilte, sie werde die Kosten der Steuerberatungsgesellschaft ihm gegenüber geltend machen.

Eine gesonderte Inverzugsetzung mit Androhung der Ersatzvornahme war auch nicht aus anderen Gründen entbehrlich. Insbesondere konnte der Entscheidung nicht zugrunde gelegt werden, daß – wie die Klägerin behauptet – der Beklagte Ende 1992 eine weitere Zusammenarbeit und insbesondere eine Nachbesserung seiner Leistungen kategorisch abgelehnt hätte.

Entsprechendes hat die Beweisaufnahme gerade nicht ergeben. Zwar hat der Zeuge angegeben, der Beklagte habe auf konkrete Nachfrage gesagt, die Jahresabschlüsse 1992 nicht selbst erstellen zu können, weil er nach einem Unfall bei angegriffener Gesundheit sei; auch sei ihm von einem Angebot, die fraglichen Arbeiten innerhalb zwei oder drei Monaten durchzuführen, nichts erinnerlich. Dem stehen aber die Angaben des Zeugen gegenüber, denen zufolge sein Vater zwar den Abschluß der Arbeiten innerhalb von drei Monaten ablehnte, gleichzeitig aber anbot, diese im zweiten Quartal zu beenden, was dem Zeugen zu lang war.

Bei der Würdigung dieser nicht widerspruchsfreien Aussagen war zum einen in die Abwägung mit einzustellen, daß einerseits der Zeuge als Sohn des Beklagten nicht ohne eigenes Interesse am Ausgang des Rechtsstreits sein dürfte, andererseits aber auch der Mitarbeiter als Zeuge durch seine Einbindung bereits in das vorprozessuale Geschehen dieses nicht als unbeteiligter Dritter wahrnahm. Auch war festzustellen, daß die Erinnerung des Zeugen hinsichtlich einzelner Details des fraglichen Geschehens insofern genauer schien, als dieser auch die Reaktion des Zeugen wiedergab, wonach dieser äußerte, dann solle die Kanzlei alles machen, „zumal die ja bereits auch ab dem dann kommenden Wirtschaftsjahr ohnehin tätig werden solle“.

Schließlich war den Angaben des Zeugen auch eine von Klägerseite behauptete Leistungsverweigerung lediglich hinsichtlich der Abschlußarbeiten für 1992 zu entnehmen, nicht dagegen für jene betreffend die Jahre 1990 und 1991. Denn für diese hatte auch nach den Angaben dieses Zeugen eine umgehende Fertigstellung zugesagt und lediglich in den darauf folgenden Tagen weitere Verzögerungen avisiert. Damit hatte sich die Klägerseite ersichtlich auf weitere Nacharbeiten eingelassen.

Bei dieser Sachlage hat das Gericht keine Veranlassung, einem der Zeugen mehr Glauben zu schenken als dem anderen, so daß von einem „non liquet“ auszugehen war, **das sich vorliegend zu Lasten der Klägerseite auswirkt. Denn die Beweislast für Tatsachen, die –** abweichend vom dargestellten Grundsatz, daß es einer Fristsetzung mit Ablehnungsandrohung

bedarf – **eine solche entbehrlich machen, liegt bei der Klägerseite;** gelingt ihr wie hier der Nachweis derartiger Tatsachen (wie zum Beispiel eine endgültige Leistungsverweigerung) nicht, muß es bei dem Grundsatz bleiben, so daß der Entscheidung zugrunde zu legen war, daß das Verhalten des Beklagten einen Entzug des Auftrages ohne Fristsetzung mit Androhung der Ablehnung und der Ersatzvornahme nicht rechtfertigte.

Dies gilt auch für die Folgezeit nach dem Treffen am 11.12.1992. Soweit hierzu von den Parteien Korrespondenz vorgelegt wurde, führt diese zu keinem anderen Ergebnis. Denn dieser ist ebenfalls entweder eine entsprechende qualifizierte Fristsetzung nicht zu entnehmen oder sie datiert zu Zeitpunkten, in welchen die fraglichen Arbeiten ersichtlich bereits anderweitig vergeben worden waren und eine Erbringung der Leistungen durch den Beklagten erkennbar nicht mehr ernstlich gewünscht war. Dies gilt insbesondere für die Angaben von Beteiligten anlässlich eines Treffens am 23.4.1993 in den Kanzleiräumen der neu beauftragten Steuerberatungsgesellschaft; denn der Zeuge hat insoweit in Übereinstimmung mit dem anderen Zeugen selbst eingeräumt, daß es ihm bei dieser Besprechung – zumal er seinen Auftrag von der Klägerseite bereits hatte – nicht darum ging, den Beklagten zu Abschlußarbeiten zu veranlassen, sondern allein die Frage war, ob der Beklagte bei der Klärung von Unstimmigkeiten behilflich sein könnte.

Damit war für die Entscheidung davon auszugehen, daß die Klägerin im Laufe des Jahreswechsels 1992/1993 ohne die erforderliche qualifizierte Inverzugsetzung des Beklagten die fraglichen Arbeiten neu vergab und infolgedessen die hierdurch angefallenen Mehrkosten selbst zu tragen hat.

GI Leitsätze

Dienstleistungsfreiheit/ Rechtsberatungsgesetz

Art. 59 EGV steht einer nationalen Regelung nicht entgegen, die einem Unternehmen, das in

einem anderen Mitgliedsstaat ansässig ist, die gerichtliche Einziehung fremder Forderungen verbietet, weil die geschäftsmäßige Ausübung dieser Tätigkeit der Anwaltschaft vorbehalten ist. (EuGH, Urt. v. 12.12.1996 – Rs. C-3/95, WPK-Mitt 1997, 159)

Bestellung als Wirtschaftsprüfer/Widerruf/Keine Berufs-Haftpflichtversicherung/Rückwirkende Deckungszusage

1. Bei dem Vorliegen der Voraussetzungen für einen Widerruf der Bestellung gemäß § 20 Abs. 2 Nr. 4 WPO ist auf den Zeitpunkt der letzten Entscheidung der Widerrufsbehörde abzustellen. Bestand zu diesem Zeitpunkt keine Berufshaftpflichtversicherung, ist die Bestellung zu widerrufen. Ein Ermessen kommt der Behörde nicht zu.

2. Besteht im Zeitpunkt der Entscheidung des Verwaltungsgerichts aufgrund einer rückwirkenden Deckungszusage der Versicherung Versicherungsschutz für den Zeitpunkt, in dem der Widerruf erfolgte, so ist dies unbeachtlich. Der Kläger hat das Recht, einen Antrag auf Wiederbestellung (§ 23 WPO) zu stellen. In der Klage ist ein solcher Antrag nicht zu sehen. (VG Weimar, Urt. v. 7.2.1997 – 6 K 1114/96 WE, WPK-Mitt 1997, 160)

Inhalt einer Prozeßvollmacht

Eine Vollmachtsurkunde, die sich nicht auf eine bestimmte Steuerart und einen bestimmten Veranlagungszeitraum bezieht, kann in der Regel nicht als Dauerprozeßvollmacht für alle möglichen Veranlagungszeiträume, Verfahrensabschnitte und Steuerarten verstanden werden (Fortführung des BFH-Urteils in BFHE 164, 210, BStBl II 1991, 726).

Der Prozeßbevollmächtigte kann eine Innenvollmacht, die ihm bei Übergabe einer derartigen als Außenvollmacht nicht ausreichenden Vollmachtsurkunde erteilt worden ist, in eine wirksame Prozeßvollmacht nur insoweit verwandeln, wie die Innenvollmacht im Zeitpunkt der Konkretisierung der Vollmacht tatsächlich reicht.

(BFH, Beschl. v. 31.7.1996 – III R 137/95, BFH/NV 1997, 235)

GI Hinweis

Das Gerling Institut Pro Betriebliche Altersversorgung und Vorsorge-Management GmbH – GIBA – legt eine von Uwe Langohr-Plato herausgegebene Entscheidungsdokumentation zur Gesellschafter-Geschäftsführer-Versorgung vor. Sie ist aufgeteilt in arbeitsrechtliche, steuerrechtliche und sozialrechtliche Entscheidungen. Zunächst werden die Rahmenbedingungen der Versorgung Geschäftsführer und der Gesellschafter von Kapitalgesellschaften dargelegt. Das Werk wird abgerundet durch eine Check-Liste zur Angemessenheit der Bezüge von Gesellschafter und Geschäftsführern. Die Dokumentation hilft ihnen bei der Gestaltung der Versorgung des Gesellschafter-Geschäftsführers einer GmbH im Alter, bei der Invalidität und für seine Hinterbliebenen.

(Langohr-Plato, Entscheidungsdokumentation zur Gesellschafter-Geschäftsführer-Versorgung, Gerling Institut GIBA, Gereonshof, 50670 Köln, Fax (02 21) 1 44 -34 61, Schutzgebühr DM 34,50)

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

(Heft 1 – 12, 1997)

Abschlußprüfung

- Bewertung, GmbH-Beteiligung 97, 217
- Bilanzverschönerungsabsprache 97, 217
- Fortsetzungsprüfung 97, 173
- = eingeschränkter Bestätigungsvermerk 97, 173
- und Steuerberatung, § 319 HGB 97, 2
- Prüfungsumfang 97, 242
- Sittenwidrige Schädigung 97, 242
- Sonderprüfungen 97, 242
- Unterschlagungen 97, 242
- Vollständigkeitserklärung, unrichtige 97, 217

Adelstitel

- Vermittlung des – 97, 11

Allgemeine Auftragsbedingungen des WP

- Haftungsbegrenzung, Nr. 9 AGB 1983 97, 83

Anderkonto

- Treuhandbindung 97, 96

Anwaltsvertrag

- Auslegung 97, 185

Aufrechnung

- Rechtskraft 97, 214

Auskunftsvertrag

- Stillschweigender Abschluß 97, 39, 191
- = Bilanz 97, 39
- = Verhandlungen

Bekanntgabe des Steuerbescheides

- an Mandanten statt an Bevollmächtigten 97, 54

Belehrungspflicht des RA

- Frachtvertrag 97, 109
- Mandatsende 97, 109

Belehrungspflicht des StB/WP

- Familienvertrag 97, 149, 268
- = Durchführung des – 97, 268
- Fremdvergleich 97, 149
- gegenüber GmbH-Geschäftsführer
- = wg. Gefahren der vGA 97, 159

Berichtigung, § 173 AO

- Grobes Verschulden
- = des Steuerberaters 97, 276
- = des Steuerpflichtigen 97, 54, 255, 276
- Zurechnung des Beraterverschuldens 97, 276

Berufshaftpflichtversicherung

- Wirtschaftsprüfung
- = rückwirkende Deckungszusage 97, 229

Berufungsbegründungsfrist

- Fristenkontrolle 97, 289
- Verlängerungsantrag
- = Erkrankung der Partei 97, 60
- = 1. Verlängerungsantrag 97, 162

Beweislast

- Fälligkeitsbestätigung 97, 211
- Fehlberatung 97, 117
- = Immobilienerwerb 97, 128
- = Substantiierung 97, 117
- Kausalität, Notarfehler/Schaden 97, 211
- Kündigungsgrund 97, 6

Bilanzerstellung

- Abschlußvermerk 97, 191
- Bescheinigung
- = Ordnungsmäßigkeit der Buchführung 97, 81
- Dritthaftung 97, 39, 81
- Mitteilung des Mandanten
- = Warenvorräte 97, 191
- Prüfungspflichten
- = Bewertung der Waren und Forderungen d. u. 97, 191
- = Warenbestand 97, 191
- Rohaufschlagssätze 97, 191
- Wareneinsatz 97, 191

Bußgeld

- Schaden 97, 32

Darlegungslast, Regreßanspruch

- Beratungsfehler 97, 117
- Schaden
- = Veräußerungsgewinn, § 17, 1, 5 EStG 97, 69
- = Zwei-Konten-Modell 97, 225

Dienstleistungsfreiheit, Art. 59 EGV

- Rechtsberatungsgesetz 97, 229

Dritthaftung

- Stillschweigender Auskunftsvertrag
- = Bilanz 97, 39, 191
- = Verhandlungen 97, 39
- Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter
- = Bilanzerstellung 97, 39, 81, 191
- = gegenläufige Interessen 97, 191
- = Kreditgeber 97, 191
- = Mittelverwendungskontrolle 97, 71
- = Testamenterrichtung 97, 291
- = Testathaftung 97, 39, 197

EDV-Fristenkalender

- Büroorganisation, Fristenkalender 97, 107
- Störfall 97, 107

Ehescheidung

- Steuerrückerstattung 97, 240

Erbenhaftung

- Vorbehaltserklärung 97, 171

Erfüllungsgehilfe

- zwei Rechtsanwälte 97, 185

Familienverträge

- Anforderung des Vertrages? 97, 268
- Fremdvergleich 97, 149
- Grundstücksverkauf, Rückanmietung 97, 262
- Prüfungspflichten 97, 268

Finanzamt

- Versäumnisse des FA 97, 50

Fortbildungsveranstaltung

- Werbungskosten 97, 50

Frachtvertrag

- Verjährungseintritt 97, 109

Freiberufler

- Unternehmensberater 97, 154

Fristenkontrolle

- Ausgangskontrolle
 - = Portobuch 97, 228
 - = Telefax 97, 239
- Fristenkontrollbuch
 - = EDV-gestütztes 97, 107
 - = Erledigungs-Kontrolle 97, 237
 - = Portobuch/Postausgangsbuch 97, 228
 - = Mitteilung des Gerichts 97, 263
- Fristenüberwachung durch RA
 - = bei Aktenvorlage 97, 164
 - = 1. Fristverlängerung, Berufungsbegründung 97, 162
- Fristversäumnis, unverschuldetes
 - = Aktenvorlage, RA 97, 205
 - = Faxübermittlung 97, 255
 - = Krankheit der Ehefrau 97, 2
 - = Krankheit des StB 97, 279
 - = Rechtsirrtum, Revisionsfrist 97, 106
 - = Unterschriftskontrolle 97, 132
- Organisationsanweisung
 - = Berufungsbegründungsfrist 97, 289
 - = EDV-Störfall 97, 107
 - = Mitteilung des Gerichts 97, 263

Gaststätten-Pachtvertrag

97, 16

GI Aktuell

- Einnahmen aus Schneeballsystem 97, 288
- Häusliches Arbeitszimmer
 - = im Haus des Ehegatten 97, 2
 - = Bilanzbuchhalter gg. StBerG 97, 54
- Bilanzbuchhalter gg. StBerG 97, 80
- Kinderlastenausgleich 1987/88/91 97, 262
- Körperbehinderte
 - = Fahrstuhlneinbau 97, 210
 - = Kfz.-Kosten 97, 132
- Schneeballsystem, Einnahmen 97, 288
- Standardsoftware, Umsatzsteuer 97, 132
- Vermögensteuer 97, 184
- Vorfalligkeitsentschädigung 97, 184
- Wucher, Arbeitsverhältnis 97, 184
- Zinsbesteuerung verfassungsgemäß 97, 80, 158

GmbH

- Geschäftsführer
 - = Steuerhaftung 97, 2
 - = Untreue, Sequestration 97, 279

Haftungsbeschränkung

- Haftungshöchstsumme 500.000 DM
 - = Nr. 9 AGB/WP 1983 97, 83

Hausverwaltung

- Honorar 97, 45
- Nachbesserungsrecht 97, 45

Honoraranspruch des RA

- Abtretung des – 97, 6

Honoraranspruch des StB

- Abschlagszahlung
 - = Verjährungsunterbrechung 97, 29
- Anerkenntnis des Mandanten 97, 45
- Besprechungsgebühr, § 31 StBGebV
 - = mit Finanzamt 97, 250
- Buchführung
 - = Einrichten der –, §§ 32, 13 StBGebV 97, 226
 - = Kontieren, § 32 Abs. 2 StBGebV 97, 226
- Einforderbarkeit, § 9 StBGebV
 - = „Allgemeine Beratung“ 97, 152
 - = Erläuterungen 97, 150
 - = Mahnschreiben 97, 167
 - = Nachprozeß 97, 152
 - = Prozeßvortrag 97, 152
 - = Rahmengebühr 97, 252
 - = Unterschrift 97, 167
 - = Zeitgebühr 97, 150
- Entstehung des –
 - = Fälligkeit, § 7 StBGebV 97, 252
 - = Erledigung 97, 150, 250
 - = Mandatskündigung 97, 252
 - = ohne Rechnung? 97, 29
- Gebührenrahmen, § 11 StBGebV
 - = Bestimmungsrecht, Festlegung 97, 169, 177
- Hausverwaltung 97, 45
- Hinweis auf Formvorschriften 97, 23
- Honorarvereinbarung, unwirksame
 - = Auslegung 97, 177
 - = Unwirksamkeit 97, 23
- Kassenbuch 97, 250
- Mittelgebühr
 - = Kontierung 97, 226
- nach Kündigung 97, 274
- Pauschalgebühr, § 14 StBGebV
 - = Kenntnis der Nichtigkeit 97, 223
 - = nichtige –, Vergütungsanspruch 97, 23, 169, 177, 223
- sonstige Tätigkeiten 97, 250
- unwirksame Vereinbarung 97, 132
- Praxistreuhand 97, 51
- Unentgeltlich? 97, 299
- Verjährung des –
 - = Abschlagszahlung, Verjährungsunterbrechung 97, 29
 - = Beweislast für – 97, 250
 - = Verzicht auf – 97, 45
- Verjährungsbeginn
 - = Buchführungshonorar 97, 299
 - = mit Fälligkeit 97, 29, 299
- Verjährungsunterbrechung
 - = Abschlagszahlung 97, 29
- Zeitgebühr
 - = § 21 Abs. 1 StBGebV? 97, 150
 - = Einrichten der Buchführung 97, 226
 - = Kassenbuch 97, 250
 - = Rechnungsinhalt 97, 150

Immobilienwerb

- Fehlberatung 97, 128
- Schaden 97, 128

Information an Vorberater

- Klagefrist 97, 3

Internet

- Werbeverbot 97, 228

Investitionszulage

- Unterschrift 97, 132
- Wiedereinsetzung 97, 132

Kausalität

- zwischen Amtspflichtverletzung und Schaden
 - = vorzeitige Fälligkeitsbestätigung 97, 211
- zwischen Pflichtwidrigkeit und Schaden

– Anscheinsbeweis	97, 81	– DDR-Grundstück	
– Unterbrechung der Kausalität	97, 62	– Zusammenhang mit Ausreise	97, 264
– Handlung des Geschädigten	97, 57	– Ersatzmöglichkeit, anderweitige (Subsidiarität)	
– Familiäre Rücksichtnahme	97, 57	– Erlöserwartung, ungewisse	97, 57
– Beratungskonformes Verhalten	97, 57	– Konkursquote	97, 57
– Ungesicherte Vorleistung	97, 57	– Mitteilungspflichten, § 54 EStDV	97, 154
Klageauftrag		– Rechtmäßiges Alternativverhalten	
– oder tatsächliche Verständigung?	97, 269	– Fälligkeitsbestätigung	97, 211
Konkursverwalter		– Rechtsmittel, unterlassenes	
– Aussonderungsrechte		– Gegenvorstellungen	97, 291
– Sachenrecht, Internationales	97, 124	– Treuhandgelder	97, 96
– Vorbehaltskauf	97, 124	– Ausreichende Sicherheiten	97, 133
– Neugeschäft		– Vorleistungen, ungesicherte	97, 57
– Masseschuld, § 60 Abs. 1 Nr. 1 KO?	97, 46	Partnerschaft	
– Umsatzsteuer, § 58 Nr. 2 KO	97, 46	– Firma „und Partner“	97, 102
– Steuerhaftung	97, 46	– mit Wirtschaftsprüfer	97, 102
Kostenfestsetzung		Praxistreuhand	
– Fehlerhafte Rechtspflege-Entscheidung		– Honorarforderung	97, 51
– Vollstreckungsgegenklage	97, 214	Praxiswert	
Kündigung des Mandats		– Abnutzungsdauer	97, 256
– fristlose –, § 627 BGB	97, 6	Prozeßauftrag	
Liebhabelei		– Fehler des Gerichts	97, 62
– Rechtsanwaltstätigkeit	97, 228	Prozeßvollmacht	
Mandantengelder		– Auslegung	97, 307
– Herausgabeanspruch	97, 11	– Ausschußfrist zur Vorlage	97, 77
– Nichtiger Mandatsvertrag	97, 11	– Inhalt	97, 228, 307
Mandantenpflichten		Rechtsanwalt	
– Informationen an RA	97, 16	– Beratungspflichten	
Mandatsübernahme		– Verjährungsunterbrechung	97, 267
– Belehrungspflicht		– Erbenhaftung, beschränkte	97, 171
– des Altberaters	97, 55, 109	– Liebhabelei	97, 228
– Klagfrist	97, 3	– Sachverhaltsermittlung	97, 16
– Nachfrage beim Vorberater?	97, 3	– Scheidungsverbundverfahren	
Mittelverwendungskontrolle		– Abfindung des Arbeitgebers	97, 229
– Dritthaftung	97, 71	– Vergleich, Geschäftsunfähigkeit	97, 262
– Sicherstellung des Anlegers	97, 71	– Vertreter, amtlich bestellter	97, 262
– Verjährung, berufsrechtliche?	97, 71	Rechtsberatung / Rechtsbesorgung	
– Überlegene Sachkunde		– Dienstleistungsfreiheit	97, 307
– Mandant, Jurist	97, 109	– Gesellschaftsverträge	97, 226
Mitverschulden		– Forderungseinzug, Ausländer	97, 229
– bei Auskunftshaftung	97, 133	– Honoraranspruch	97, 226
– Erfüllungsgehilfe des Mandanten	97, 185	– Mietvertrag	97, 175
– Informationen an RA	97, 16	– durch Steuerberater	97, 175
– durch Dritte	97, 185	– Vermögensabwicklung, Ehescheidung	97, 240
– Informationen an StB	97, 32	– durch Wirtschaftsprüfer	
– Schriftformklausel	97, 159	– Wirtschaftsberatung	97, 226
– Vollständigkeitserklärung	97, 217	– Steuerberatungsvertrag	97, 175
– Vorsatz des Geschädigten	97, 217	Rechtskraft, § 322 ZPO	97, 274
Nachbesserung		– Abgelehnte Aufrechnung	97, 214
– Leistungsverweigerung	97, 304	– Durchbrechung, § 826 BGB	97, 214
– Beweislast	97, 304	Revision	
– Mängel in der Hausabrechnung	97, 45	– Frist, Wiedereinsetzung	97, 106
– Recht des StB	97, 252, 295, 304	Sachverhaltsermittlung	
Nachforderungszinsen, § 233 a AO		– durch RA	97, 16
– Verstoß gegen Treu und Glauben	97, 50	Schaden	
Nachvertragliche Pflichten		– Anwaltskosten zur Schadenabwendung	97, 185
– Belehrungspflicht, Gestaltungsrechte	97, 55	– Bußgeld	97, 32
– Mandatsende, Verjährung	97, 109	– Entnahme	97, 141
Notar		– Ermessensentscheidung	97, 269
– Amtshandlung	97, 133	– Gerichtsentscheidung	97, 269
– Amtspflicht		– Immobilienerwerb	97, 128
– Zukünftiger Erbe	97, 291	– Stille Reserven, Aufdeckung	97, 141
– Anderkonto		– Privatgutachten	97, 62
– Treuhandbindung	97, 96	– Verschmelzung, Kapitalgesellschaften	97, 113
– Anwaltsnotar		– Zwei-Konten-Modell	97, 225, 279
– Abgrenzung RA-Haftung	97, 133	Sittenwidrige Schädigung, § 826 BGB	
– Auskunft	97, 165	– Abschlußprüfung	97, 242
– Bescheinigung	97, 133	– Erwerb eines Adelstitels	97, 11

– Rechtskraft, Durchbrechung	97, 214	Verjährung § 12 VVG	97, 25
– Testat ohne Prüfung	97, 191, 242	– Beginn	97, 25
Sozietät		– Haftpflichtversicherung	97, 25
– Gesamtschuldner	97, 147	– Rechtsschutz und Zahlungsanspruch	97, 25
– Steuerberater und Rechtsanwalt	97, 147	Verjährung	
Splittingtarif		(§ 51 b BRAO n. F., § 51 BRAO a. F.)	
– Zustimmungspflicht	97, 240	– Arglistinwand	97, 16
StB-GmbH		– Verjährungsbeginn	97, 16
– IHK-Mitgliedschaft	97, 158	= Schadenentstehung	97, 16
– Verschmelzung mit Handelsgewerbe	97, 153	= Schadenentstehung und	97, 16
Steuerberater		= Mandatsende	97, 16
– Aufsichtsrat	97, 50	= Vertragsberatung	97, 16
– Gewerbliche Tätigkeit	97, 50	– Verjährungshemmung	97, 16
– Vertretung des Gesellschafters	97, 50	Verjährung (§ 68 StBerG, § 51 a WTO)	
– Gewerbebetrieb des Steuerberaters	97, 50	– Belehrungspflicht über eigene Fehler	
Steuerberatungsvertrag		und Verjährungsvorschrift, Sekundäranspruch	97, 300
– Nichtigkeit, § 134 BGB		= Anwaltliche Vertretung	97, 300
= unerlaubte Rechtsberatung	97, 175	Verjährung, § 195 BGB	97, 71
Steuerfahndung		– Mittelverwendungskontrolle	97, 71
– Verwertung bei Veranlagung	97, 255	Verjährung (§ 196, Abs. 1 Nr. 15 BGB)	97, 299
Steuerhaftung		– Buchführungshonorar	97, 299
– GmbH-Geschäftsführer		– Verjährungsbeginn	97, 299
= Strohmann	97, 2	= Beweislast	97, 299
Steuerhinterziehung		Verschmelzung	
– Strafzumessung, Lohnsteuer	97, 288	– Kapitalgesellschaften	97, 113
– USt-Vorauszahlung	97, 262	– Schadenentstehung	97, 113
Steuerverkürzung		Verschwiegenheit	
– Leichtfertige –	97, 93	– Honorarabtretung	97, 6
– durch Steuerberater	97, 93	– Honorarprozeß	97, 169
– Unrichtige Angaben	97, 93	Versicherungsschutz	
Strafzumessung		– Wissentliche Pflichtverletzung	
– Lohnsteuerhinterziehung	97, 288	= Notaranderkonto,	
Tatsächliche Verständigung		= ungeprüfte Auszahlung	97, 36
– oder Klage?	97, 269	= Risikoausschluß	97, 36
Telefax		= des Treuhänders	97, 97
– Ausgangskontrolle	97, 239	– Sozietätsdeckung	
– Funktionsfähigkeit	97, 255	= Risikoausschluß eines Sozios	97, 36
Testamentserbe		Verzug	
– Dritthaftung, Notar	97, 291	– des Steuerberaters	97, 150
Testamentsvollstrecker		– Mahnung	97, 211
– Mitunternehmer	97, 288	Vollmacht	
Testat		– Auslegung der Vollmacht	97, 307
– Verantwortungsbereich	97, 39, 191	Vollstreckungsgegenklage, § 767 ZPO	97, 214
– Warenlager, Inventur	97, 191	– Fehlerhafte Rechtspflege-Entscheidung	97, 214
Treuhänder		Vorberater	
– Nichtiger Mandatsvertrag	97, 11	– Mandatsübernahme	97, 3
– Prüfungspflichten		Vorteilsausgleichung	
= Übertragungsmöglichkeit der –	97, 97	– Privatgutachten, überflüssiges	97, 62
– Verdeckter –		Werbeverbot	
= Vorsteuerabzug	97, 83	– Briefbogengestaltung	97, 210
– Versicherungsschutz	97, 97	– Bürogemeinschaft RA, StB	97, 50
Umsatzsteuer		– Empfehlung in Zeitungen	97, 279
– Vorsteuerabzug		– Internationale Sozietät	97, 2
= verdeckte Treuhandchaft	97, 83	– Internet	97, 228
Unternehmensberater		– Messestand	97, 51
– freiberufliche Tätigkeit	97, 154	– Praxisbroschüre	97, 51
Unterschrift		Wettbewerbsverbot	
– Investitionszulageantrag	97, 132	– Nachvertragliches –	97, 210
– Wiedereinsetzungsantrag	97, 132	= Sittenwidrigkeit	97, 210
Untreue, § 266 StGB		Wiedereinsetzung	
– Faktische Herrschaft	97, 203	– Antrag	
– GmbH-Geschäftsführer, Sequestration	97, 279	= Aktenvorlage	97, 205
Umwandlung		= Begründung	97, 228
– Verschmelzung, fehlerhafte	97, 113	= Frist, § 234 Abs. 1 ZPO	97, 164, 205, 228, 237
Verdeckte Gewinnausschüttung		– Berufungsbegründungsfrist (s. dort)	
– Belehrung des GmbH-Geschäftsführers	97, 159	– Fristenkontrolle (s. dort)	
		= Darlegung, Organisation der –	97, 228

= Darlegungslast, Absetzung	97, 228	BGH v. 28. 11. 1996 – I ZR 184/94	97, 279
- Fristversäumnis, unverschuldetes		= NJW 1997, 1304 = WM 1997, 937	
= Erkrankung der Ehefrau	97, 2	= AnwBI 1997, 281 = DSfR 1997, 438	
= Erkrankung des StB	97, 279	BGH v. 28. 11. 1996 – IX ZR 39/96	97, 109
- Glaubhaftmachung		= NJW 1997, 1302 = WM 1997, 321	
= eidesstattliche Versicherung	97, 255	= MDR 1997, 398	
- Rechtsirrtum		BGH v. 5. 12. 1996 – IX ZR 61/96	97, 113
= Revisionsfrist	97, 106	= NJW 1997, 1001 = WM 1997, 333	
Wirtschaftsprüfer		BGH v. 5. 12. 1996 – IX ZR 67/96	97, 214
- Berufshaftpflichtversicherung	97, 229, 307	= WM IV 1997, 324 = NJW 1997, 743	
- Partnerschaft	97, 102	= VersR 1997, 899	
Zugang		BGH v. 10. 12. 1996 – VI ZB 16/96	97, 205
- Zugangsvermutung, § 122 AO		= NJW 1997, 1079 = MDR 1997, 389	
= Berechnung der Drei-Tages-Frist	97, 50	= BB 1997, 704 = VersR 1997, 507	
= Postfach	97, 106	BGH v. 12. 12. 1996 – IX ZR 214/95	97, 83
= Zweifel am Zugang	97, 50	= NJW 1997, 1008 = WM 1997, 335	
Zurückbehaltungsrecht		= DB 1997, 673	
- an Arbeitsergebnissen	97, 252, 295	BGH v. 12. 12. 1996 – 4 StR 489/96	97, 279
- als Druckmittel	97, 252	= wistra 1997, 146	
- Schuldbeitritt	97, 295	BGH v. 13. 12. 1996 – V ZR 134/95	97, 264
Zusammenveranlagung		BGH v. 19. 12. 1996 – IX ZR 327/95	97, 81
- Pflicht zur –	97, 240	= WM 1997, 359 = NJW 1997, 1235	
Zwei-Konten-Modell		= DSfR 1997, 271	
- Schaden, Darlegungslast	97, 225, 279	BGH v. 13. 3. 1997 – IX ZR 81/96	97, 185
		= NJW 1997, 2168 = WM IV 1997, 1392	
		= VersR 1997, 974 = DB 1997, 1713	
		BGH v. 4. 2. 1997 – 5 StR 681/97	97, 288
		= wistra 1997, 187	
		BGH v. 8. 4. 1997 – VI ZB 8/97	97, 237
		= MDR 1997, 679 = NJW 1997, 2120	
		= VersR 1997, 895	
		BGH v. 15. 4. 1997 – IX ZR 70/96	97, 159
		= DB 1997, 1274 = WM IV 1997, 1396	
		= NJW 1997, 2238 = VersR 1997, 981	
		BGH v. 24. 4. 1997 – 9 Z B 29/97	97, 263
		BGH v. 6. 5. 1997 – VI ZB 12/97	97, 289
		BGH v. 13. 5. 1997 – IX ZR 123/96	97, 291
		BGH v. 1. 7. 1997 – XI ZR 197/96	97, 184
		= WM 1997, 1799 = ZIP 1997, 1646	
		= NJW 1997, 2878	
		BGH v. 1. 7. 1997 – XI ZR 267/96	97, 184
		= WM 1997, 1747 = NJW 1997, 2875	
BGH v. 29. 1. 1996 – II ZR 286/84	97, 210		
= Stbg 1997, 19			
BGH v. 25. 4. 1996 – I ZR 106/94	97, 2		
= AnwBI 1996, 471			
BGH v. 30. 4. 1996 – VII ZR 369/95	97, 191		
BGH v. 9. 5. 1996 – IX ZR 244/95	97, 124		
BGH v. 20. 6. 1996 – IX ZR 106/95	97, 16		
= NJW 1996, 2929 = WM 1996, 1832			
= AnwBI 1996, 637			
BGH v. 2. 7. 1996 – IX ZR 299/95	97, 57		
= NJW 1996, 3009 = WM 1996, 2071			
= DB 1996, 1868			
BGH v. 4. 7. 1996 – VII ZB 14/96	97, 60		
= NJW 1996, 3155 = VersR 1997, 132			
= BB 1996, 2168			
BGH v. 4. 7. 1996 – V ZB 15/96	97, 239		
BGH v. 9. 10. 1996 – XII ZB 152/96	97, 164		
BGH v. 10. 10. 1996 – III ZR 205/95	97, 11		
= NJW 1997, 47 = DB 1997, 89			
= ZIP 1996, 2113			
BGH v. 10. 10. 1996 – IX ZR 294/95	97, 62		
= NJW 1997, 250 = WM 1997, 72			
BGH v. 10. 10. 1996 – VII ZB 31/95	97, 107		
= NJW 1997, 327 = BB 1997, 16 = WM IV 1997, 320			
= AnwBI 1997, 122			
BGH v. 17. 10. 1996 – IX ZR 37/96	97, 6		
= NJW 1997, 188 = WM 1996, 2244			
= DSfR 1997, 39			
BGH v. 24. 10. 1996 – IX ZR 4/96	97, 55		
= NJW 1997, 254 = WM 1997, 77			
= BB 1997, 16 = DB 1997, 224			
BGH v. 24. 10. 1996 – VII ZB 25/96	97, 162		
= MDR 1997, 191 = NJW 1997, 400 = BB 1997, 68			
= VersR 1997, 258			
BGH v. 7. 11. 1996 – 4 StR 423/96	97, 203		
BGH v. 14. 11. 1996 – IX ZR 215/95	97, 32		
= NJW 1997, 518 = WM 1997, 328			
BGH v. 21. 11. 1996 – IX ZR 159/95	97, 29		
= NJW 1997, 516 = WM 1997, 330			
= Wpg 1997, 98			
BGH v. 21. 11. 1996 – IX ZR 182/95	97, 133		
= BGHZ 134, 100 = WM IV 1997, 78			
= DSfR 1997, 124 = NJW 1997, 661			
BGH v. 21. 11. 1996 – IX ZR 220/95	97, 211		
= WM IV 1997, 325 = NJW-RR 1997, 562			
= VersR 1997, 882			
		BayOLG v. 2. 8. 1996 – 3 Z BR 73/96	97, 102
		= ZIP 1996, 1702	
		Brandenburgisches OLG v. 20. 6. 1995	97, 165
		- 6 W 5/95	
		OLG Braunschweig v. 8. 3. 1996 – Ss (B) 100/95	97, 93
		= wistra 1996, 319	
		OLG Celle v. 9. 2. 1994 – 3 U 83/93	97, 132
		= DSfR 1994, 630	
		OLG Celle v. 26. 4. 1996 – 2 Ss (Owi) 95/96	97, 154
		= wistra 1996, 320	
		OLG Celle v. 5. 6. 1996 – 13 U 263/95, n.rkr.	97, 51
		= DSfR 1996, 1223	
		OLG Celle v. 18. 12. 1996 – 3 U 35/96	97, 128
		OLG Düsseldorf v. 12. 1. 1995 – 13 U 90/93	97, 45
		OLG Düsseldorf v. 8. 2. 1995 – 15 U 215/93	97, 39
		OLG Düsseldorf v. 7. 12. 1995 – 10 U 172/93	97, 267
		OLG Düsseldorf v. 7. 12. 1995 – 13 U 196/94	97, 269
		OLG Düsseldorf v. 8. 2. 1996 – 13 U 38/95	97, 23
		OLG Düsseldorf v. 14. 3. 1996 – 13 U 3/95	97, 69
		OLG Düsseldorf v. 13. 6. 1996 – 13 U 68/95	97, 250
		OLG Düsseldorf v. 20. 6. 1996 – 13 U 100/95	97, 150
		OLG Düsseldorf v. 27. 6. 1996 – 5 U 11/96	97, 242
		OLG Düsseldorf v. 18. 7. 1996 – 13 U 132/95	97, 299
		OLG Düsseldorf v. 20. 7. 1996 – 13 U 101/95	97, 274
		OLG Düsseldorf v. 12. 9. 1996 – 13 U 97/95	97, 300
		OLG Düsseldorf v. 12. 9. 1996 – 13 U 128/95	97, 295
		OLG Düsseldorf v. 5. 12. 1996 – 13 U 217/95	97, 167
		OLG Düsseldorf v. 5. 12. 1996 – 13 U 247/95	97, 268

OLG Düsseldorf v. 12. 12. 1996 – 13 U 208/95	97, 152	BFH v. 13. 11. 1996 – XR 30/96	97, 228
OLG Düsseldorf v. 19. 12. 1996 – 13 U 232/95	97, 240	= BFH/NV 1997, 253	
OLG Düsseldorf v. 23. 1. 1997 – 13 U 233/95	97, 226	BFH v. 26. 11. 1996 – IV B 23/96	97, 288
OLG Düsseldorf v. 27. 2. 1997 – 13 U 23/96	97, 252	= BFH/NV 1997, 393	
OLG Hamburg v. 25. 9. 1996 – 5 U 208/95	97, 217	BFH v. 18. 12. 1996 – XI B 150 – 152/96	97, 279
OLG Hamm v. 8. 12. 1995 – 25 U 174/94	97, 225	= BFH/NV 1997, 425	
OLG Hamm v. 24. 1. 1996 – 25 U 72/95	97, 223	BFH v. 30. 1. 1997 – III B 99/95	
OLG Hamm v. 30. 5. 1995 – 28 U 26/95	97, 25	= BFH/NV 1997, 385	97, 255
OLG Hamm v. 22. 9. 1995 – 20 U 38/95	97, 36		
= AnwBI 1996, 237			
OLG Hamm v. 13. 12. 1995 – 25 U 19/95	97, 141		
OLG Hamm v. 26. 9. 1996 – 15 W 151/96	97, 153	FG Baden-Württemberg v. 25. 11. 1996	
= GmbH-StB 1997, 37		– 3 V 37/96	97, 256
OLG Hamm v. 6. 11. 1996 – 25 U 47/96	97, 175	= wistra 1997, 158	
OLG Köln v. 22. 4. 1993 – 1 U 63/92	97, 169	FG Berlin v. 23. 6. 1995 – III 283/92	97, 50
OLG Köln v. 21. 3. 1996 – 18 U 100/95	97, 71	Revision eingelegt – Az. beim BFH: IV R 36/96	
OLG Köln v. 3. 5. 1996 – 11 U 252/95	97, 147	FG Hamburg v. 27. 5. 1997 – V 117/94, rkr.	97, 276
= StB 1997, 77		FG Münster v. 29. 11. 1994	
OLG Köln v. 8. 5. 1996 – 27 U 81/95	97, 177	– 15 K 3383/89 U	97, 46
OLG Köln v. 13. 12. 1996 – 19 U 114/96	97, 229	FG Saarland v. 18. 12. 1996 – 1 K 214/94	97, 256
= VersR 1997, 697		= LEXinform 0141692	
OLG Koblenz v. 13. 2. 1997 – 6 U 1500/96	97, 228		
= WPK-Mitt 1997, 153			
OLG Zweibrücken v. 16. 1. 1997 – 4 U 47/96	97, 117		
		AG Hannover v. 24. 1. 1995	
		– 503 C 16463/93	97, 171
LG Berlin v. 16. 7. 1996 – 36 O 789/95, n.rkr.	97, 2	AG Mannheim v. 6. 11. 1996 – AR 366/95	97, 102
LG Bochum v. 30. 9. 1996 – 3 O 163/96	97, 173	= WPK-Mitt 1997, 69	
LG Darmstadt v. 16. 3. 1996 – 2 O 520/95	97, 51	AG Potsdam v. 15. 2. 1996	
= DSIR 1996, 1584		– 22 C 487/95, rkr.	97, 50
LG Darmstadt v. 7. 8. 1997 – 9 O 381/95	97, 304	= DSIR 1996, 1063	
LG Düsseldorf v. 9. 11. 1994 – 11 O 645/93	97, 97		
LG Düsseldorf v. 17. 8. 1995 – 45 StL 8/95, rkr.	97, 50		
= DSIR 1996, 847		OFD Hannover, Vfg. v. 2. 1. 1997	
LG Saarbrücken v. 19. 4. 1995 – 9 O 463/94	97, 96	– S 0284 – 25 – St H 551	97, 158
		= LEXinform 0138160	
		BdF-Schreiben v. 14. 3. 1997	
		– IV B 2 – S 2244 – 3/97	97, 154
BFH v. 7. 12. 1995 – III R 12/91	97, 3		
= BFH/NV 1996, 680			
BFH v. 13. 2. 1996 – VII B 245/95	97, 2	VG Weimar v. 7. 2. 1997 – 6 K 1114/96 WE	97, 229
= BFH/NV 1996, 657		VG Weimar v. 7. 2. 1997 – 6 K 1114/96 WE	97, 307
BFH v. 16. 2. 1996 – I R 61/95	97, 179	= WPK-Mitt 1997, 160	
= BFH/NV 1996, 708			
BFH v. 21. 3. 1996 – X R 100/95	97, 2		
= BFH/NV 1996, 694			
BFH v. 26. 3. 1996 – IX R 62/93	97, 50		
= BFH/NV 1996, 797			
BFH v. 1. 4. 1996 – X R 97/95	97, 106		
= BFH/NV 1997, 90			
BFH v. 22. 4. 1996 – XI B 2/96	97, 50		
= BFH/NV 1996, 727			
BFH v. 29. 5. 1996 – I R 42/95	97, 54		
= BFH/NV 1997, 1			
BFH v. 26. 6. 1996 – X R 97/95	97, 106		
= BFH/NV 1997, 90			
BFH v. 31. 7. 1996 – III R 137/95	97, 228, 307		
= BFH/NV 1997, 235			
BFH v. 13. 8. 1996 – II B 73/96	97, 78		
= BFH/NV 1997, 57			
BFH v. 23. 8. 1996 – IV B 123/95	97, 102		
= BFH/NV 1997, 141			
BFH v. 28. 8. 1996 – VII B 26/95	97, 228		
= BFH/NV 1997, 240			
BFH v. 19. 9. 1996 – XI B 7/96	97, 228		
= BFH/NV 1997, 221			
BFH v. 15. 10. 1996 – IX R 6/95	97, 149		
= BFH/NV 1997, 285			
BFH v. 12. 11. 1996 – III R 13/96			
= BFH/NV 1997, 420	97, 255		

Vorschau auf 1/98

Wiedereinsetzungsantrag, unvollständiger Sachvortrag, Antragsfrist (BGH); Wiedereinsetzung, unzureichende Berufungsbegründung (BGH); Steuerberatungsauftrag, Auslegung, Belehrungspflichten, Hinzuziehung zu Bankgespräch, Schaden wg. unterlassener Aufteilung eines Mehrfamilienhauses in Eigentumswohnungen (OLG Hamm); Steuerberaterhaftung, Auftrag zur Ausnutzung einer eingeräumten Frist bis zum letzten Tag, Schaden, entgangener Gewinn, Zinsverlust (OLG Hamm); Steuerberaterhonorar, Vergütungsanspruch des freien Mitarbeiters, Wettbewerbsverbot und dessen Begrenzung

**Dieser Ausgabe liegt eine Information zur privaten Geldanlage
in Aktienfonds bei.**



Der Mandatsvertrag.

Die neue CD-ROM aus der Reihe GI

**Die elektronische GI-Gesamtausgabe 1980 – 1997 erschließt Rechtsprechung
rund um das Thema Mandat und Mandatsvertrag.**

**Sie zeigt Grenzen und Risiken des Berufsalltags auf, zum Beispiel bei den Themen Beratungsrisiko,
Belehrungspflicht, Haftung, Versicherungsschutz, Honorar, Zurückbehaltungsrecht, Büroorganisation etc.**

**Weitere Informationen finden Sie in dieser Ausgabe.
Bestellungen an GI-Service Fax-Hotline (02 21) 144-51 55**

IMPRESSUM

**GI – Gerling Informationen für wirtschaftsprüfende,
rechts- und steuerberatende Berufe**

ISSN 1430 – 550 X

Herausgeber:

Gerling-Konzern Versicherungs-Beteiligungs AG
Unternehmenskommunikation
50597 Köln
Telefon: (02 21) 144-72 98
Telefax: (02 21) 144-51 27

Redaktion:

Dr. Jürgen Gräfe, Rechtsanwalt –
Fachanwalt für Steuerrecht (verantwortlich),
Monika Reifferscheid M.A.

Erscheinungsweise:

12 mal im Jahr, jeweils am 10. des Monats

Layout und Satz:

Type Connection, Erfstadt

Druck:

Pilgram Druck GmbH, Rösraht

Bezugsmöglichkeiten:

Nur im Jahresabonnement.
Preis: DM 96,- jährlich inklusive Mehrwertsteuer
und Versandkosten.
Die Postgebühren sind jeweils eingeschlossen.
Bestellungen nimmt der Herausgeber entgegen.

Nachdruck:

Nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung.